BEN KÖHLER

Die Vorteils- und Gewinnherausgabe im CISG

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht 462

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

462

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht

Direktoren:

Holger Fleischer, Ralf Michaels und Reinhard Zimmermann



Ben Köhler

Die Vorteils- und Gewinnherausgabe im CISG

Zugleich ein Beitrag zu Zulässigkeit und Grenzen der eigenständigen Weiterentwicklung des Übereinkommens

Mohr Siebeck

Ben Köhler, geboren 1989; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität des Saarlandes und der Université Paul Verlaine in Metz; Referendariat am Oberlandesgericht Frankfurt a. M.; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für französisches Zivilrecht der Universität des Saarlandes; LL.M.-Studium an der Harvard Law School, Cambridge, MA; seit 2020 wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg. orcid.org/0000-0001-7528-4966

ISBN 978-3-16-159917-0/eISBN 978-3-16-159933-0 DOI 10.1628/978-3-16-159933-0

ISSN 0720-1141/eISSN 2568-7441 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über http://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2021 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel in Gomaringen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2020 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes als Dissertation angenommen. Für die Druckfassung wurden Rechtsprechung und Literatur bis Juni 2020 berücksichtigt.

Mein sehr herzlicher Dank gebührt an erster Stelle meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Helmut Rüßmann, sowohl für die Anregung und Betreuung der Arbeit als auch für die Förderung seit Beginn meines Studiums. Mein besonderer Dank gilt ebenfalls Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Claude Witz, nicht nur für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens, sondern auch für die äußerst lehrreiche und prägende Zeit als Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl. Beide haben mir während meines Studiums und der Promotionszeit stets mit fachlichem Rat und persönlicher Unterstützung zur Seite gestanden.

Der Studienstiftung des deutschen Volkes danke ich für die finanzielle und ideelle Förderung der Arbeit durch ein Promotionsstipendium. Für die Ermöglichung eines Forschungsaufenthaltes in der Bibliothek des International Institute for the Unification of Private Law (UNIDROIT) im Juli 2019 danke ich Frau Professorin Dr. Anna Veneziano; für den reibungslosen Ablauf und das herzliche Willkommen in Rom danke ich insbesondere Frau Laura Tikanvaara.

Herzlich danken möchte ich ferner Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Zimmermann, der es mir ermöglicht hat, die Druckfassung der Arbeit am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg fertigzustellen. Ihm sowie Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Holger Fleischer und Herrn Professor Dr. Ralf Michaels danke ich auch für die Aufnahme in die Schriftenreihe des Instituts. Herrn Dr. Christian Eckl und Frau Janina Jentz danke ich für die Unterstützung bei der Erstellung des Manuskripts.

Mehr, als ich es in einem Vorwort ausdrücken kann, bin ich schließlich meiner Familie, insbesondere meiner Mutter, Frau Dr. Claudia Köhler, und meiner Freundin Johanna Wolf, zu ganz besonderem Dank für die uneingeschränkte Unterstützung verpflichtet. Ihnen sowie dem Andenken an meinen Vater ist diese Arbeit gewidmet.

Hamburg, im Oktober 2020

Ben Köhler

Inhaltsübersicht

		chnis	
Abl	kürzungsv	verzeichnis	. XXV
Eir	ileitung		1
			1
17 -		C1-"4-1'-1	
Ka	pitei 1:	Grundsätzliches zur Vorteils- und	
		Gewinnherausgabe im CISG	5
A.	Die Vor	rteils- und Gewinnherausgabe im CISG als	
		chungsgegenstand	5
В.		ische Grundlagen der Vorteils- und Gewinnherausgabe	
C.		ung der Vorteils- und Gewinnherausgabe im CISG	
17	. 10	M 4 1 1 0 11 1 A 1 1	
Ka	pitel 2:	Methodische Grundlagen der Auslegung und	
		Weiterentwicklung des CISG	35
A.	Die Aus	slegung gemäß Art. 7 Abs. 1 CISG	35
л. В.	Die Lüc	kenfüllung gemäß Art. 7 Abs. 2 CISG	48
C.		enständige Fortentwicklung des CISG	
D.		turs auf das nach dem Kollisionsrecht anwendbare Recht	
Б. Е.		energebnis	
᠘.	ZWISCH	onergeoms	0
Ka	pitel 3:	Anknüpfungspunkte einer Vorteils- und	
		Gewinnherausgabe im CISG	85
Α	Die Vor	teilsherausgabe in der Rückabwicklung gemäß Art. 84	
. 1.		CISG	85
В.		ösherausgabe gemäß Art. 88 Abs. 3 CISG	
₽ .	DIC LIR	Jonorano Sano Seman 1111. 00 1103. 2 C100	133

Kaj	pitel 4:	Der Anspruch auf das stellvertretende commodum im CISG	151
A. B. C.	Naturale	ergleichender Überblickerfüllung und Unmöglichkeit im CISGund Erlösherausgabe bei Leistungsvereitelung im CISG	170
Kaj	pitel 5:	Gewinnherausgabe und Schadensersatz im CISG	233
A. B.	Grundla	ergleichender Überblick zur vertraglichen Gewinnhaftung gen und Probleme des Schadensersatzanspruchs gemäß 77 CISG	
C. D.	Grundsä	adensersatz zwischen Ausgleich und Prävention itzliche Ablehnung des Gewinns als Schaden im Rahmen 74 CISG	
E. F.	Der Ver	letzergewinn als Bemessungsgrundlage des Schadens Wege aus der Unterkompensation	281
Kaj	pitel 6:	Ein eigenständiger Anspruch auf Gewinnherausgabe im CISG?	311
A.	Regelun	gsbereich des Übereinkommens gemäß	211
B.	Keine G	bs. 2 CISGewinnherausgabe aufgrund allgemeiner Grundsätze G	
C.	Gewinnl des CIS	herausgabe durch eigenständige Fortentwicklung G?	
D.		renz zur Gewinnherausgabe wegen Vertragsverletzungen internen nationalen Recht	325
Kaj	pitel 7:	Ein eigenständiger Anspruch auf Gewinnherausgabe wegen der Verletzung von treueähnlichen Pflichten?	329
A.		ere Treue- und Vertrauensverhältnisse in internationalen trägen	329

В.	Treuepflichten als Regelungsgegenstand des Übereinkommens	331
C.	Gewinnherausgabe bei Treuepflichtverletzungen aufgrund	
	allgemeiner Grundsätze des Übereinkommens?	334
D.	Gewinnherausgabe bei Verletzungen von Treuepflichten und	
	treueähnlichen Pflichten aufgrund einer eigenständigen	
	Fortentwicklung des Übereinkommens?	337
E.	Konkurrenz zu Ansprüchen wegen Treuepflichtverletzungen aus	
	dem internen nationalen Recht	338
Scl	hluss	341
	eraturverzeichnis	
	terialienverzeichnis	
Ent	scheidungsverzeichnis	371
Sac	hverzeichnis	377

Inhaltsverzeichnis

	rwort	
	altsübersicht	
Ab	kürzungsverzeichnis	XXV
Eir	nleitung	1
Ka	pitel 1: Grundsätzliches zur Vorteils- und	
	Gewinnherausgabe im CISG	5
A.	Die Vorteils- und Gewinnherausgabe im CISG als	
	Untersuchungsgegenstand	5
I.	Der Begriff der Vorteils- und Gewinnherausgabe im CISG	5
	Rechtsordnungen	5
	2. Versuch einer autonomen Begriffsbildung im CISG	8
	Ausgestaltung der Vorteils- und Gewinnherausgabeb) Funktionale Erfassung der am Vermögen des Schuldners	8
	ausgerichteten Rechtsbehelfe	
II.	Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes	
	Regelungsbereich des CISG	
	2. Abgrenzung zu anderen Rechtsinstituten	13
В.	Theoretische Grundlagen der Vorteils- und Gewinnherausgabe	14
I.	Die Vorteils- und Gewinnherausgabe als Problem der	
	Vertragsrechtstheorie	
	1. Vertragsrechte und Eigentumsrechte	
	2. Vertragsrecht und Gerechtigkeit	
	3. Vertragsrecht, Verhaltenssteuerung und Strafe	
	4. Vertragsrecht und Rechtsökonomik	17

II.	Mögliche Funktionen einer Vorteils- und Gewinnherausgabe	
	wegen Vertragsverletzungen	18
	1. Präventionsfunktion	
	a) Verhinderung von Vertragsverletzungen (pacta sunt	
	servanda)	19
	b) Rechtsökonomische Kritik (efficient breach of contract)	
	c) Die Ablehnung eines Zufallsgewinns (windfall profit)	
	2. Kompensationsfunktion	
	a) Die Gewinnherausgabe zur Verhinderung einer	
	Unterkompensation des Gläubigers	25
	b) Die Gewinnherausgabe und die Kompensation des	23
	Rechtsverlusts oder einer entgangenen	
	Verhandlungsgelegenheit	26
	c) Kritik auf Grundlage des Bereicherungsverbots	20
		20
	(windfall profit)	
	3. Rechtsfortsetzungsfunktion	
	4. Straffunktion	30
C.	Einordnung der Vorteils- und Gewinnherausgabe im CISG	31
I.	Mögliche Erscheinungsformen der Vorteils- und	
	Gewinnherausgabe im CISG	31
II.	Die Vorteils- und Gewinnherausgabe als Prüfstein für die	
	Zulässigkeit und die Grenzen einer zeitgemäßen Weiter-	
	entwicklung des CISG	32
III.	Gang der Untersuchung	
Kaj	pitel 2: Methodische Grundlagen der Auslegung und	
	Weiterentwicklung des CISG	35
4	D: 4 1	2.5
A.	Die Auslegung gemäß Art. 7 Abs. 1 CISG	33
I.	Die Ziele der Auslegung	35
	1. Autonome Auslegung im Hinblick auf den internationalen	
	Charakter des Übereinkommens	36
	2. Internationale Einheitlichkeit	
	3. Wahrung des guten Glaubens im internationalen Handel	
	4. Ergänzung der in Art. 7 Abs. 1 CISG genannten	,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,
	Auslegungsziele	39
	a) Die Bedeutung der Präambel	
	b) Sonstige Auslegungsziele	
II.	Die Methoden der Auslegung.	
11.	Die Methoden der Auslegung	+ 1

	1. Die Notwendigkeit autonomer Auslegungsmethoden	41
	2. Die Auslegungsmethoden im Einzelnen	43
	a) Auslegung anhand des Wortlauts und der Systematik	43
	b) Historische Auslegung	45
	c) Teleologische Auslegung	47
	d) Rechtsvergleichende Auslegung	47
В.	Die Lückenfüllung gemäß Art. 7 Abs. 2 CISG	48
I.	Die Feststellung von Lücken im Sinne von Art. 7 Abs. 2 CISG	48
	1. Die Bestimmung des Regelungsbereichs	
	2. Nicht ausdrücklich entschiedene Fragen im Regelungsbereich	
II.	Die Art und Weise der Lückenfüllung gemäß Art. 7 Abs. 2 CISG	
	1. Die Lückenfüllung kraft Analogie	
	2. Die Lückenfüllung anhand allgemeiner Grundsätze des	
	Übereinkommens	55
	a) Die Herleitung allgemeiner Grundsätze	
	b) Die Konkretisierung allgemeiner Grundsätze zur	
	Lückenfüllung	57
	c) Die Grenzen der Lückenfüllung anhand allgemeiner	5 /
	Grundsätze	57
	Civilation	5 /
C.	Die eigenständige Fortentwicklung des CISG	59
I.	Der Begriff der eigenständigen Fortentwicklung	59
	1. Die eigenständige Fortentwicklung des CISG als autonomer	
	Begriff für die Weiterentwicklung des Übereinkommens	
	jenseits von Art. 7 Abs. 2 CISG	60
	2. Die Abgrenzung der eigenständigen Fortentwicklung von der	
	Lückenfüllung anhand allgemeiner Grundsätze gemäß Art. 7	
	Abs. 2 CISG	61
II.	Notwendigkeit der eigenständigen Fortentwicklung des CISG	
	1. Grundsätzliche Notwendigkeit einer eigenständigen	
	Fortentwicklung in Ausnahmefällen	62
	2. Bedenken gegen eine eigenständige Fortentwicklung	
	a) Die Reichweite von Art. 7 CISG	
	b) Die internationale Einheitlichkeit im Sinne von Art. 7	
	Abs. 1 CISG	68
	c) Gewaltenteilung	
	d) Rechtssicherheit.	
III.	,	, 0
-11.	Einzelfall	71
	Die eigenständige Fortentwicklung des Übereinkommens	, 1
	durch Ergänzung des Regelungsbereichs	71

	2. Die eigenständige Fortentwicklung innerhalb des	
	Regelungsbereichs des Übereinkommens	72
IV.	Materielle Kriterien für eine eigenständige Fortentwicklung	74
	eigenständigen Fortentwicklung	74
	2. Ein Vorschlag materieller Kriterien für eine eigenständige	
	Fortentwicklung	76
	a) Übereinstimmung mit den Vorschriften und allgemeinen	
	Grundsätzen des CISG	77
	b) Angemessener Ausgleich zwischen Interessen von Käufern	
	und Verkäufern	
	c) Weltanschauliche Neutralität des Übereinkommens	78
	d) Internationale Konsensfähigkeit der Lösung	81
	e) Tauglichkeit der Lösung für die internationale	
	Vertragspraxis	82
D.	Der Rekurs auf das nach dem Kollisionsrecht anwendbare Recht	
Ε.	Zwischenergebnis	84
A.	Die Vorteilsherausgabe in der Rückabwicklung gemäß Art. 84	0.5
	Abs. 2 CISG	85
I.	Der Regelungszusammenhang der Vorteilsherausgabe gemäß	
	Art. 84 Abs. 2 CISG	85
	1. Das ungestörte Rückabwicklungsverhältnis	86
	2. Das gestörte Rückabwicklungsverhältnis	86
II.	Die Entstehungsgeschichte der Vorteilsherausgabe gemäß	
	Art. 84 Abs. 2 CISG	87
	1. Die Entstehungsgeschichte von Art. 81 Abs. 2 ULIS	87
	2. Die Entstehungsgeschichte von Art. 84 Abs. 2 CISG	88
	3. Der Regelungsgrund des Art. 84 Abs. 2 CISG	89
III.	e e	
	CISG	90
	1. Rückgabepflicht wegen Vertragsaufhebung oder	
	Ersatzlieferung	
	2. Vorteil aus der Ware gezogen	
	a) Vorteilsbegriff	
	b) Aus der Ware gezogen	
	c) Gegenwert	0.5

	d) Maßgeblicher Zeitpunkt	96
	3. Umfang der Herausgabepflicht	97
	a) Nettoprinzip	97
	b) Höhe der Herausgabepflicht bei Gebrauchsvorteilen	98
	c) Aufwendungen des Käufers auf die Ware	100
	aa) Meinungsstand	101
	bb) Stellungnahme	102
	d) Kein eigener Verwendungsersatzanspruch gemäß Art. 84	
	Abs. 2 CISG	
IV.	Die Voraussetzungen des Art. 84 Abs. 2 lit. b CISG	107
	1. Vertragsaufhebung oder Ersatzlieferungsverlangen	107
	2. Die Unmöglichkeit der Rückgabe der Ware im Wesentlichen	
	im ursprünglichen Zustand	109
	3. Der Umfang der Vorteilsherausgabe	110
	a) Grundsatz	
	b) Der Anspruch auf das commodum ex re	
	aa) Surrogat für die Ware	
	bb) Abzugsfähige Kosten	
	cc) Art und Weise der Herausgabe	113
	(1) Grundsatz der Abtretung von Ansprüchen gegen	
	Dritte	113
	(2) Schwierigkeiten der Abtretungslösung in	
	Sonderfällen	
	c) Der Anspruch auf das commodum ex negotiatione	116
	aa) Herausgabe des gesamten Erlöses unabhängig vom	
	Verkehrswert	
	(1) Meinungsstand	
	(2) Stellungnahme	
	(a) Wortlaut	
	(b) Systematik	
	(c) Entstehungsgeschichte	
	(d) Zweck der Vorschrift	
	bb) Abzugsfähige Verkaufskosten	122
V.	Erweiterungen des Anwendungsbereiches des Art. 84 Abs. 2	
	CISG	123
	1. Vorteilsherausgabepflicht des Käufers bei sonstigen	
	Leistungen des Verkäufers	123
	2. Vorteilsherausgabepflicht des Verkäufers bei sonstigen	
	Leistungen des Käufers	124
	3. Art. 84 Abs. 2 CISG als Grundlage eines allgemeinen	
	Wertersatzanspruchs?	126
VI.	Die Vorteilsherausgabe gemäß Art. 84 Abs. 2 CISG bei	
	nachträglichen Störungen des Rückabwicklungsverhältnisses	128

	vor Erklärung der Vertragsaufhebung	120
	2. Störungen nach Erklärung der Vertragsaufhebung	
	a) Kein rückwirkender Wegfall des Aufhebungsrechts analog Art. 82 Abs. 1 CISG	130
	b) Vorteilsherausgabepflicht gemäß Art. 84 Abs. 2 CISG	130
	unabhängig von der Einstandspflicht für die Ware	133
VII	Zwischenergebnis	
, 11.	Zwischener geeine	15
В.	Die Erlösherausgabe gemäß Art. 88 Abs. 3 CISG	135
I.	Die Rechtsgedanken hinter den Erhaltungspflichten gemäß	
	Art. 85 S. 1, 86 Abs. 1 S. 1 CISG	135
	1. Der gute Glaube im internationalen Handel	135
	2. Die Wahrnehmung fremder Vermögensinteressen im eigenen	
	Einflussbereich	136
	3. Keine zwingende Verknüpfung zwischen Erhaltungspflichten	
	und Gefahrtragung oder Eigentumsübergang	137
II.	Der Regelungszusammenhang der Erlösherausgabe gemäß	
	Art. 88 Abs. 3 CISG	
	1. Die Erhaltungspflichten gemäß Art. 85, 86 Abs. 1 CISG	
	a) Die Erhaltungspflicht des Verkäufers gemäß Art. 85 CISG	139
	b) Die Erhaltungspflicht des Käufers gemäß Art. 86 Abs. 1	
	S. 1 CISG	140
	2. Der Kostenerstattungsanspruch gemäß Art. 85 S. 1, Art. 86	
	Abs. 1 S. 2 CISG	
	3. Der Selbsthilfeverkauf gemäß Art. 88 Abs. 1 CISG	
	4. Die Veräußerungspflicht gemäß Art. 88 Abs. 2 CISG	145
III.	Tatbestand und Rechtsfolge der Erlösherausgabe gemäß Art. 88	1.4
	Abs. 3 CISG	
	1. Tatbestand der Erlösherausgabe gemäß Art. 88 Abs. 3 CISG	
TT 7	2. Rechtsfolgen des Art. 88 Abs. 3 CISG	
IV.	Zwischenergebnis	149
17 -		
Kaj	pitel 4: Der Anspruch auf das stellvertretende	
	commodum im CISG	151
A.	Rechtsvergleichender Überblick	152
I.	Deutschland	152
	1. Grundstruktur des § 285 BGB	
	2 Dogmatische Einordnung des & 285 BGB	

	3. Bedeutung der Diskussion für das CISG	
II.	Schweiz	
III.	Österreich	156
IV.	Frankreich	157
	1. Der Commodumsanspruch im französischen Recht	157
	a) Der Sachuntergang wegen <i>force majeure</i> im Sinne von	
	Art. 1351-1 C. civ	158
	b) Die zu vertretene Unmöglichkeit	
	2. Gründe für die geringe Relevanz des Commodumsanspruchs	
V.	England	
٠.	Grundsätzliche Ablehnung eines Commodumsanspruchs	
	Strandsdezhene Frofennang eines Commodumsunsprachs Ersatz- und Erlösherausgabe beim Grundstückskauf	
VI.	USA	
	Weitere Regelungen	
V 111	. Zwischenergebnis	109
n	N . 1 (*11 111 * 1:11 * CIGC	170
В.	Naturalerfüllung und Unmöglichkeit im CISG	1/0
I.	Die Naturalerfüllung im CISG	170
	1. Die Naturalerfüllung als Rechtsbehelf im CISG	
	2. Das Verlangen der Naturalerfüllung als Voraussetzung	
	anderer Rechtsbehelfe im CISG	171
	3. Der Vorbehalt des Art. 28 CISG	
II.	Die Unmöglichkeit der Naturalerfüllung im CISG	
	1. Die Regelung der Unmöglichkeit der Naturalerfüllung im CISG.	
	Die Rechtsfolgen der Unmöglichkeit im CISG	
	a) Der Anspruch des Käufers auf Lieferung der Kaufsache	
	aa) Lücke im CISG im Sinne von Art. 7 Abs. 2 CISG	
	bb) Lückenfüllung gemäß Art. 7 Abs. 2 CISGbb)	
	(1) Objektive Unmöglichkeit	
	(2) Subjektive Unmöglichkeit	
	b) Der Anspruch auf Zahlung des Kaufpreises	182
	aa) Grundsätzliche Befreiung des Käufers von der	100
	Zahlungspflicht	
	bb) Ausnahmen von der Befreiung von der Zahlungspflicht	
III.	Zwischenergebnis	185
<i>a</i>		105
<i>C</i> .	Ersatz- und Erlösherausgabe bei Leistungsvereitelung im CISG	185
I.	Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur	185
	1. Adras Building Material Ltd v Harlow & Jones GmbH	
	a) Die Entscheidungen des israelischen Supreme Court	
	b) Kritik der Entscheidung	
	2 Schriftum	

II.	Ersatz- und Erlösherausgabe als nicht entschiedene Frage im Re-	
	gelungsbereich des Übereinkommens gemäß Art. 7 Abs. 2 CISG	190
	1. Ersatz- und Erlösherausgabe als Regelungsgegenstand des	
	Übereinkommens	190
	2. Nicht ausdrücklich entschiedene Frage im Übereinkommen	
	gemäß Art. 7 Abs. 2 CISG	191
	a) Keine ausdrückliche Entscheidung im Text des	
	Übereinkommens	191
	b) Kein beredtes Schweigen des Übereinkommens	192
	aa) Ernst Rabels Bemerkung im Kontext	192
	bb) Spätere Entwicklungen im common law	
	cc) Unergiebigkeit der Vorarbeiten des CISG	194
	3. Konkurrenz zu Ersatz- und Erlösherausgabeansprüchen aus	
	nationalem Recht	195
III.	Die Begründung des Anspruchs auf das stellvertretende	
	commodum gemäß Art. 7 Abs. 2 CISG	198
	1. Begründungsansätze für den Anspruch auf das stellvertretende	
	commodum	198
	a) Analogie zu Art. 84 Abs. 2 lit. b CISG	198
	aa) Gegenleistungsgefahr und Vorteilszuweisung:	
	Gefahrtragung als maßgebliches Zuweisungskriterium	
	im Rahmen von Art. 84 Abs. 2 CISG	199
	bb) Keine bereicherungsrechtliche Absicherung des	
	Leistungsanspruchs	201
	cc) Vorteilsbegriff in Art. 84 Abs. 2 CISG als untaugliche	
	Grundlage für den Commodumsanspruch	202
	b) Der Grundsatz favor contractus	
	c) Art. 79 CISG	
	d) Ergänzende Vertragsauslegung	
	e) Handelsbrauch gemäß Art. 9 Abs. 2 CISG	208
	f) Zwischenergebnis	
	2. Der Anspruch auf das stellvertretende commodum als Folge	
	des Naturalerfüllungsgrundsatzes im CISG	209
	a) Die Herleitung des Anspruchs aus dem Grundsatz der	
	Naturalerfüllung	209
	aa) Der Grundsatz der Naturalerfüllung und das	0,
	stellvertretende commodum	209
	bb) Die schuldrechtliche Surrogation im CISG	
	b) Die Einpassung des Anspruchs in das Haftungssystem des	212
	Übereinkommens	213
	aa) Stellvertretendes commodum und Art. 28 CISG	
	bb) Stellvertretendes commodum und	213
	Schadensersatzanspruch gemäß Art. 74 S. 1 CISG	214
	Demonstruction and Edition 110, 1 O. 1 CIDO	I T

	cc) Stellvertretendes commodum und Haftungsbefreiung	
	gemäß Art. 79 CISG	215
	c) Die internationale Konsensfähigkeit des	
	Commodumsanspruchs aus der Naturalerfüllung	215
	d) Die Voraussetzungen des Anspruchs auf das	
	stellvertretende commodum	219
	aa) Vertragsverletzung in Form der Vereitelung des	
	Erfüllungsanspruchs	219
	bb) Erlangung eines kongruenten Vorteils	221
	(1) Erlangung eines Vorteils aufgrund der	
	Leistungsvereitelung	222
	(2) Beschränkung des Anspruchs auf kongruente	
	Vorteile	222
	(3) Kongruenz bei Gattungs- und Vorratsschulden	
	(4) Kongruenz bei erspartem Leistungsaufwand	
	e) Der Umfang des Anspruchs	
	aa) Herausgabe des Vorteils ohne Kostenabzug	
	bb) Herausgabe des Vorteils einschließlich eines etwaigen	
	Gewinns	227
	cc) Auswirkungen auf die Gegenleistung des Käufers	
	f) Beweislast	
	g) Konkurrenz zu anderen Rechtsbehelfen	
	h) Zwischenergebnis	
IV	Kein Rückgriff auf das nationale Recht gemäß Art. 7 Abs. 2 CISG	
	pitel 5: Gewinnherausgabe und Schadensersatz	
	im CISG	233
A.	Rechtsvergleichender Überblick zur vertraglichen	
	Gewinnhaftung	236
I.	Voutre clicke Covinghaftung im doutschen Beakt	226
1.	Vertragliche Gewinnhaftung im deutschen Recht	230
	1. Ablehnung eines allgemeinen vertraglichen	227
	Gewinnherausgabeanspruchs	23 /
	2. Keine Gewinnherausgabe bei Vertragsverletzungen aufgrund	220
	außervertraglicher Ansprüche	
II.	Vertragliche Gewinnhaftung im französischen Recht	
	1. Keine vertragliche Gewinnhaftung de lege lata	240
	2. Einführung eines Strafschadensersatzes oder einer	
	Gewinnhaftung de lege ferenda?	
III.	Vertragliche Gewinnhaftung im englischen Recht	245

	1. Der Grundsatz: Der Schadensersatzanspruch zum Schutz des	
	Erfüllungsinteresses	245
	2. Die Ausnahme: Gewinnherausgabe für bestimmte	
	Vertragsverletzungen	
	a) Negotiating Damages	
	b) Account of Profits for Breach of Contract	251
	c) Gewinnherausgabe bei Verletzung einer fiduciary duty oder	
	einer duty of confidence	
IV.	Internationale Vereinheitlichungsprojekte	254
В.	Grundlagen und Probleme des Schadensersatzanspruchs gemäß	
	Art. 74–77 CISG	255
I.	Die Grundlagen des Schadensersatzes gemäß Art. 74 CISG	255
II.	Defizite des Schadensersatzanspruchs	
	Unterkompensation der geschädigten Partei	
	Fehlender Anreiz zur Vertragstreue (<i>cynical breach</i>)	
	2. I emender Ameriz zur verträgstrede (cymear breden)	231
C.	Der Schadensersatz zwischen Ausgleich und Prävention	258
I.	Die Funktion des Schadensersatzanspruchs	258
	1. Der Grundsatz der Ausgleichsfunktion	
	Ergänzung durch präventive oder pönale Elemente?	
	a) Prävention	
	aa) Die Unvereinbarkeit einer Präventionsfunktion mit der	200
	Grundstruktur von Art. 74–77 CISG	261
	bb) Kein Bedürfnis der Präventionsfunktion zur	201
	Durchsetzung der Vertragserfüllung (pacta sunt	
	servanda)	262
	cc) Die Präventionsfunktion als Gefahr für die interna-	202
	tional einheitliche Anwendung des Übereinkommens	263
	b) Strafeb)	
II.		
11.	Folgen der Ausgleichsfunktion des Schadensersatzanspruchs	
	1. Die Totalreparation im Sinne von Art. 74 CISG	
	a) Die von der Totalreparation erfassten Interessen	
	aa) Das Erfüllungsinteresse	
	bb) Kein Schutz eines restitutionary interest	
	b) Grenzen der Totalreparation	
	2. Das schadensersatzrechtliche Bereicherungsverbot	272
D.	Grundsätzliche Ablehnung des Gewinns als Schaden im Rahmen	
	von Art. 74 CISG	276
I.	Wortlaut	276
1.	vv vi i aut	∠/0

II.	Systematischer Zusammenhang	
III. IV.	Entstehungsgeschichte	
1	Transference and a sometimes are a sometimes and a sometimes and a sometimes and a sometimes are a sometimes and a sometimes and a sometimes and a sometimes are a sometimes and a sometimes and a sometimes are a sometimes and a sometimes and a sometimes are a sometimes are a sometimes and a sometimes are a sometimes are a sometimes are a sometimes are a sometimes and a sometimes are a sometimes are a sometimes are a sometimes and a sometimes are a sometimes a	279
<i>E</i> .	Der Verletzergewinn als Bemessungsgrundlage des Schadens	281
I.	Grundlagen der konkreten Schadensbemessung gemäß Art. 74 S. 1 CISG	281
II.	Ablehnung einer Gleichsetzung von Schaden und Gewinn	
	Schadena) Ablehnung einer tatsächlichen Identitätsvermutung von	
	Verletzergewinn und Schadenb) Ablehnung einer Festlegung des Ersparnisgewinns als	283
	Mindestschaden bei skimped performance	285
	2. Keine Gleichsetzung von Schaden und Gewinn zur Wahrung des guten Glaubens im internationalen Handel gemäß Art. 7	
	Abs. 1 CISG	287
	Praktische Probleme der Gleichsetzung von Schaden und Gewinn	200
	a) Abzug der Kosten der Gewinnerzielung	
	b) Kein Anspruch auf Auskunft und Rechnungslegung	
III.	Die Verknüpfung von Verletzergewinn und Schaden in Form	2, 1
	einer Verhandlungsfiktion	292
	1. Grundgedanken der Verhandlungsfiktion (negotiating	
	damages)	
	2. Die Einordnung der Verhandlungsfiktion3. Mögliche Übertragung der Verhandlungsfiktion auf das	294
	CISG?	295
IV.	Auswirkungen des Verletzergewinns auf den Schadensnachweis	297
	1. Die Beweislast für den Schaden	297
	2. Das Beweismaß für den Schadensnachweis	299
F.	Exkurs: Wege aus der Unterkompensation	300
I.	Der Schutz des Käufers durch andere Rechtsbehelfe	300
II.	Die Anerkennung bestimmter Schadenspositionen im Rahmen von Art. 74 S. 1 CISG	302
	1. Die Kosten der Herstellung des vertragsgemäßen Zustandes	
	2. Der Verlust einer Geschäftschance	
III.	Die Schätzung des Schadens bei Bezifferungsschwierigkeiten	305
IV.	Die umstrittenen Fälle im Einzelnen	307
	1. Der vertragswidrige Doppelverkauf	307

	Die vertragswidrige Ersparnis von Leistungsaufwand (skimped performance)	307		
	3. Die Verletzung von Unterlassungspflichten			
Kaj	Kapitel 6: Ein eigenständiger Anspruch auf Gewinnherausgabe im CISG?311			
A.	Eigenständige Gewinnhaftung als nicht entschiedene Frage im Regelungsbereich des Übereinkommens gemäß Art. 7 Abs. 2 CISG	311		
В.	Keine Gewinnherausgabe aufgrund allgemeiner Grundsätze des CISG	313		
I.	Totalreparation und Erwartungsschutz			
II.	des CISGVorteilsausgleich entsprechend Art. 84 Abs. 2 CISG?			
III.	Naturalerfüllung und pacta sunt servanda?			
IV.	Gewinnherausgabe aufgrund von good faith?			
V.	Herausgabe des Ersparnisgewinns entsprechend Art. 50 CISG?			
VI.	Zwischenergebnis	320		
C.	Gewinnherausgabe durch eigenständige Fortentwicklung des CISG?	320		
I.	Anspruch auf Gewinnherausgabe für vorsätzlich-lukrative Vertragsverletzungen?	321		
II.	Anspruch auf Gewinnherausgabe wegen Verletzung von Unterlassungspflichten?			
III.	Anspruch auf Gewinnherausgabe als Ausnahmerechtsbehelf bei Vertragsverletzungen?			
D.	Konkurrenz zur Gewinnherausgabe wegen Vertragsverletzungen aus dem internen nationalen Recht	325		
I.	Grundsätzlicher Ausschluss von Ansprüchen aus dem internen nationalen Recht auf Gewinnherausgabe wegen			
II.	Vertragsverletzungen	326		
	Ausnahmefall	326		
	Rückgriff auf nationales Recht bei arglistigem oder fraudulösem Verhalten	327		

		griff auf nationales Recht für Ansprüche wegen der etzung von Immaterialgüterrechten	327
Kap	oitel 7:	Ein eigenständiger Anspruch auf Gewinnherausgabe wegen der Verletzung von	
		treueähnlichen Pflichten?	329
A.		ere Treue- und Vertrauensverhältnisse in internationalen trägen	329
В.		lichten als Regelungsgegenstand des Übereinkommens	
I. II.	Vertrag	lbarkeit des CISG gemäß Art. 1 Abs. 1 CISGlich begründete Treuepflichten als nicht entschiedene	332
		m Regelungsbereich des Übereinkommens gemäß Art. 7 CISG	333
C.		herausgabe bei Treuepflichtverletzungen aufgrund iner Grundsätze des Übereinkommens?	334
I.		hrnehmung fremder Vermögensinteressen im Sinne von ff. CISG	334
II.		ındsatz des guten Glaubens gemäß Art. 7 Abs. 1 CISG	
D.		herausgabe bei Verletzungen von Treuepflichten und nlichen Pflichten aufgrund einer eigenständigen	
Е.		wicklung des Übereinkommens? enz zu Ansprüchen wegen Treuepflichtverletzungen aus	337
L.		ernen nationalen Recht	338
Sch	luss		341
		reichnis	
		erzeichnisgsverzeichnis	
	•	nis	

Abkürzungsverzeichnis

7th Cir. United States Court of Appeal for the Seventh Circuit

ABGB Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch

Abs. Absatz

AC Law Reports, Appeal Cases
AcP Archiv für die civilistische Praxis

a. E. am Ende a. F. alte Fassung

AJ Contrat Actualité juridique Contrat

al. alinéa

Am. J. Comp. L. American Journal of Comparative Law Am. J. Int. L. American Journal of International Law

Anm. Anmerkung

Annals Fac. L. Belgrade Annals of the Faculty of Law in Belgrade International Edition

Int'l. Ed.

App. Ct. Ill. Appelate Court of Illinois

Art. Artikel

BB Betriebs-Berater

BCSC British Columbia Supreme Court

Bd. Band

beckRS beck-online.RECHTSPRECHUNG
Berkeley Bus. L.J. Berkeley Business Law Journal
BG Schweizerisches Bundesgericht
BGB Bürgerliches Gesetzbuch

BGE Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts

BGH Bundesgerichtshof

BGHZ Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen

BT-Drucks. Bundestags-Drucksache

Bull. civ. Bulletin des arrêts des chambres civiles

Bus LR Business Law Report
BVerfG Bundesverfassungsgericht

BVerfGE Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

CA Court of Appeal

Cal. L. Rev. California Law Review

Can. Bus. L.J. Canadian Business Law Journal

Cardozo L. Rev. Cardozo Law Review

Cass. civ. Cour de cassation chambre civile

Cass. com. Cour de cassation chambre commercial

C. civ. Code civil

Ch. Law Reports, Chancery Division

Chap. Chapter

Chi.-Kent L. Rev. Chicago Kent Law Review

CISG United Nations Convention on Contracts for the International

Sale of Goods

CISG-AC CISG Advisory Council

CISG-online database (http://www.cisg-online.ch/)

CLC Law Reports, Commercial Law Cases

CLJ Cambridge Law Journal CLR Commonwealth Law Reports

Col. J. Transnat'l L. Columbia Journal of Transnational Law

Col. L. Rev. Columbia Law Review

CVIM Convention des Nations Unies sur les contrats de vente

internationale de marchandises

D. Recueil Dalloz

DCFR Draft Common Frame of Reference

ders. derselbe dens. denselben dies. dieselbe(n)

D.L.R. Dominion Law Reports

DPCI Droit et pratique du commerce international

Edn. Edition

EGLR Estates Gazette Law Reports

EKG Einheitliches Gesetz über den internationalen Kauf

beweglicher Sachen

EMLR Entertainment and Media Law Reports

Emory L.J. Emory Law Journal

ER Law Reports, English Reports
ERPL European Review of Private Law

EU Europäische Union

EWCA Civ Court of Appeal of England and Wales Decisions (Civil

Division)

EWHC High Court of England and Wales Decisions (Chancery

Division)

Exch Law Reports, Exchequer Reports

f. folgende/r (Singular)
ff. folgende (Plural)
FH Further Hearing

Fn. Fußnote

Fordham L. Rev. Fordham Law Review

FS Festschrift

GAFTA Grain and Feed Trade Association

Geo. Mason J. George Mason Journal of International Commercial Law

Int'L Com. L.

GeschGehG Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen

GPR Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GRUR Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

GS Gedächtnisschrift

Harv. L. Rev. Harvard Law Review
HCA High Court of Australia

HG Handelsgericht HGB Handelsgesetzbuch

HKK-BGB Historisch-kritischer Kommentar zum Bürgerlichen

Gesetzbuch

HL House of Lords Hrsg. Herausgeber Hs. Halbsatz

IHR Zeitschrift für internationales Handelsrecht

Int'l Bus. L.J. International Business Law Journal

Int'l Trade & Bus. L. Ann. International Trade and Business Law Annual Int'l Trade & Bus. L. Rev. International Trade and Business Law Review

IPRax Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts

J.B.L. Journal of Business Law JBI Juristische Blätter

J. Civ. L. Stud. Journal of Civil Law Studies

JCP E La Semaine juridique – Entreprise et Affaires JCP G La Semaine juridique – Edition Générale

J.L. & Com. Journal of Law and Commerce
J. Leg. Stud. Journal of Legal Studies

J. Obligations & Remedies Journal of Obligations and Remedies JORF Journal officiel de la République française

JURAJuristische Ausbildungjuris-PKjuris PraxisKommentar BGBJuSJuristische SchulungJZJuristenzeitung

KB Law Reports, King's Bench Division

LC Lord Chancellor
Legal Stud. Legal Studies
LG Landgericht

lit. litera

LJ Lord Justice of Appeal

LMCLQ Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly

LMK Lindenmaier-Möhring Kommentierte BGH-Rechtsprechung Loy, L.A. Int'l & Comp. L. Rev. Loyola of Los Angeles International and Comparative

Law Review

Law Keviev

Loy. L.A. L. Rev. Loyola of Los Angeles Law Review

LPA Les Petites Affiches LQR Law Quarterly Review

LR Ch App Law Reports, Chancery Appeals

MAH Münchener Anwaltshandbuch

MarkenG Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen

Kennzeichen

Melb. J. Int'l L. Melbourne Journal of International Law Melb. U. L. Rev. Melbourne University Law Review

Mich.L. Rev. Michigan Law Review

Miss. Mississippi

Mod. L. Rev. Modern Law Review

NJOZ Neue Juristische Online-Zeitschrift NJW Neue Juristische Wochenschrift

NJW-RR Neue Juristische Wochenschrift, Rechtsprechungsreport

Zivilrecht

n° numéro no. number Nr. Nummer

obs. observations

Official Records United Nations Conference on Contracts for the International

Sale of Goods, Vienna, 10 March-11 April 1980, Official

Records, New York, 1991

OGH Oberster Gerichtshof

OJLS Oxford Journal of Legal Studies

OLG Oberlandesgericht
OR Obligationenrecht

OUCLJ The Oxford University Commonwealth Law Journal

o. page

Pace Int'l L. Rev. PACE International Law Review

Pace Rev. of the CISG Review of the Convention on Contracts for the International

Sale of Goods (CISG)

para. paragraph
PatG Patentgesetz

P. & C.R. Property, Planning and Compensation reports

P.D. Piskei Din (Law reports of the Supreme Court of Israel

published by the Ministry of Justice since 1948)

PECL Principles of European Contract Law

QB Law Reports, Queen's Bench Division
Q. J. Econ. Quarterly Journal of Economics

Rabels Z. Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales

Privatrecht

RdTW Recht der Transportwirtschaft

RGZ Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen

Riv. Dir. Civ. Rivista di diritto civile RLR Restitution Law Review

Rn. Randnummer

Rom I-VO Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments

und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche

Schuldverhältnisse anzuwendende Recht

RTD Civ. Revue trimestrielle de droit civil

Revue trimestrielle de droit commercial et de droit RTD Com.

économique

Section S. Satz, Seite(n) SC Supreme Court

S. Cal. L. Rev. Southern California Law Review SIZ Schweizerische Juristen-Zeitung

Scots Law Times SLT

So. 2d Southern Reporter, 2nd edition

Syracuse J. Intl. L. & Com. Syracuse Journal of International Law and Commerce

SZW Schweizerische Zeitschrift für Wirtschafts- und

Finanzmarktrecht

Tex. L. Rev. Texas Law Review

Theoretical Inquiries L. Theoretical Inquiries in Law

Tul. J. Int'l & Comp L. Tulane Journal of International and Comparative Law

Uniform Commercial Code UCC UCL Jurisprudence Rev. U.C.L. Jurisprudence Review

UK United Kingdom

UKPC United Kingdom Privy Council

ULFS Convention relating to a Uniform Law on the Formation of

Contracts for the International Sale of Goods (The Hague, 1

ULIS Convention relating to a Uniform Law on the International

Sale of Goods (The Hague, July 1, 1964)

United Nations UN

United Nations Commission on International Trade Law UNCITRAL UNIDROIT International Institute for the Unification of Private Law

Uniform Law Review Unif. L. Rev.

UN-Kaufrecht Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über

den internationalen Warenkauf

U. Pa L. Rev. University of Pennsylvania Law Review

UPICC UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte UrhG

U.S. United States

United States of America USA

U. W. Austl. L. Rev. University of Western Australia Law Review UWG Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb

Va. L. Rev. Virginia Law Review Vict. U. Well. L. Rev. Victoria University of Wellington Law Review

Vill. L. Rev. Villanova Law Review

VJ Vindobona Journal of International Commercial Law and

Arbitration

Vt. L. Rev. Vermont Law Review

Wash. L. Rev. Washington Law Review WLR Weekly Law Reports

Wm. & Mary L. Rev. William & Mary Law Review

Yale J. Int'l. L. Yale Journal of International Law

Yale L.J. Yale Law Journal

ZEuP Zeitschrift für Europäisches Privatrecht

ZfPW Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft

ZGB Schweizerisches Zivilgesetzbuch

ZGR Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht

ZPO Zivilprozessordnung

ZvglRWiss Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

Einleitung

Die Vorteils- und Gewinnhaftung wegen Vertragsverletzungen war in den letzten 20 Jahren in aller Munde. Die Grundfrage ist einfach: Soll der Schuldner den durch die Vertragsverletzung erzielten Gewinn behalten dürfen oder steht der vertragswidrig gezogene Vorteil oder Gewinn dem Gläubiger zu? Dennoch fällt die Antwort auf diese Frage nicht leicht und hat in vielen Rechtsordnungen für Diskussionen und Uneinigkeit gesorgt. Während in England zunächst der Court of Appeal, dann das House of Lords und schließlich der Supreme Court³ um den Platz der Gewinnhaftung im Recht der vertraglichen Rechtsbehelfe rangen, beschäftigten sich in Deutschland der 66. Deutsche Juristentag⁴ und in Frankreich verschiedene Reformkommissionen⁵ mit Vorschlägen zur Einführung einer Gewinnherausgabe im (vertraglichen) Haftungsrecht. Begleitet wurden diese Entwicklungen jeweils von einer ebenso reichhaltigen wie kontroversen akademischen Diskussion, die für die einzelnen Rechtsordnungen bereits schwer zu überblicken und in ihren jeweiligen Verästelungen nachzuvollziehen ist.⁶ Die Debatte wird äußerst kontrovers geführt, scheinen doch lange sicher geglaubte Grundpfeiler des Vertragsund Haftungsrechts plötzlich zur Disposition zu stehen.⁷ Auf dem Spiel steht

¹ Surrey County Council v Bredero Homes Ltd, [1993] I WLR 1361 (CA); Attorney-General v Blake, [1998] EMLR 309 (CA).

² Attorney-General v Blake, [2001] 1 AC 268 (HL).

³ One Step (Support) Ltd v Morris-Garner and another, [2018] 2 WLR 1353 (SC).

⁴ 66. Deutscher Juristentag, Beschlüsse, Zivilrecht, IV. 3 a); IV. 6, auf den Vorschlag von *Gerhard Wagner* hin; siehe hierzu *Gerhard Wagner*, Gutachten (A), 97.

⁵ Catala (Hrsg.), Avant-projet du droit des obligations et de la prescription (Projet Catala), Art. 1371; Terré (Hrsg.), Pour une réforme de la responsabilité civile, Art. 54; siehe auch den aktuellen Vorschlag zur Einführung einer *amende civile*, Projet de réforme de la responsabilité civile, 2017, Article 1266-1.

⁶ Siehe etwa für das deutsche Recht monographisch *Bock*, Gewinnherausgabe als Folge einer Vertragsverletzung; *Böger*, System der vorteilsorientierten Haftung im Vertrag; *Dornscheidt*, Grenzen der vertraglichen Gewinnhaftung; *Helms*, Gewinnherausgabe als haftungsrechtliches Problem; *Soeffky*, Vertragliche Gewinnhaftung in Europa; siehe für das englische Recht und andere *common law* Rechtsordnungen monographisch *Barnett*, Accounting for Profit for Breach of Contract; *Edelman*, Gain-based damages; siehe auch die weiteren Nachweise in der Darstellung der jeweiligen Diskussion in den nationalen Rechtsordnungen unten, S. 236 ff.

⁷ Siehe etwa *Honsell*, in: FS Westermann, 315: "juristischer Atavismus".

2 Einleitung

nicht nur die Reichweite der vertraglichen Rechtsbehelfe selbst, sondern auch der maßgebliche Gerechtigkeitsbegriff im Vertragsrecht,⁸ die Zulässigkeit der Verhaltenssteuerung durch vertragsrechtliche Instrumente⁹ sowie der Stellenwert moralischer und ökonomischer Argumente im privatrechtlichen Diskurs.¹⁰ Offene und verdeckte Uneinigkeit hinsichtlich dieser Prämissen erschwert die Diskussion.

Mit einer gewissen Verzögerung hat die Frage der Vorteils- und Gewinnhaftung wegen Vertragsverletzungen auch das CISG erreicht.¹¹ Der Text des Übereinkommens kennt keinen Rechtsbehelf auf Herausgabe des Verletzergewinns. Dies kann kaum überraschen, da zur Zeit der Erarbeitung des CISG eine vertragliche Gewinnhaftung nicht in Rede stand und auch in den vergleichenden Vorarbeiten Ernst Rabels kaum eine Rolle gespielt hatte. Der Anspruch auf das stellvertretende commodum nach Vorbild von § 285 BGB scheiterte bereits im UNIDROIT-Kaufrechtsausschuss. 12 Vielmehr bestand weitgehende Einigkeit, dass der Verlust des Gläubigers den Umfang des Schadensersatzanspruchs bestimmen müsse. Die reine Kompensationsfunktion des Schadensersatzanspruchs war axiomatisch. Umstritten waren allenfalls die Voraussetzungen der abstrakten Schadensberechnung¹³ oder die Begrenzung auf den bei Vertragsschluss vorhersehbaren Verlust. 14 Ansprüche auf Vorteils- und Erlösherausgabe finden sich daher lediglich vereinzelt in der Rückabwicklung gemäß Art. 84 Abs. 2 CISG sowie in den Rechtsfolgen der Erhaltungspflichten gemäß Art. 88 Abs. 3 S. 2 CISG, denen in der Erarbeitung des CISG keine allgemeine Bedeutung zugemessen wurde.

In der jüngeren einheitsrechtlichen Diskussion ist nun versucht worden, entsprechend den Entwicklungen und dem Diskurs in den internen Rechten auch auf Ebene des CISG der Vorteils- und Gewinnhaftung wegen Vertrags-

⁸ Weinrib, 78 Chi.-Kent. L. Rev. (2003), 55, 103, der eine Gewinnhaftung für mit der ausgleichenden Gerechtigkeit unvereinbar hält; ebenso *Unberath*, Vertragsverletzung, 291.

⁹ Eingehend Gerhard Wagner, AcP 206 (2006), 352, 476.

¹⁰ Für eine Berücksichtigung moralischer Erwägungen für die Reichweite der vertraglichen Haftung Shiffrin, 107 Mich. L. Rev. (2009), 1551, 1568; contra, allerdings mit verschiedenen ökonomischen Begründungen, Richard A. Posner, 107 Mich. L. Rev. (2009), 1349, 1363; Shavell, 56 Emory L.J. (2006), 439; ders., 107 Mich. L. Rev. (2009), 1569, 1582.

¹¹ Bock, in: FS Schwenzer, 175, 189; Demir, Schadensersatzregelung, 133 ff.; Hartmann, IHR 2009, 189, 102; Jardine, 21 VJ (2017), 36, 65; Muñoz/Ament-Guemez, 8 Geo. Mason J. Int'l Com. L. (2017), 201, 219; Schmidt-Ahrendts, in: Schwenzer/Spagnolo (Hrsg.), State of Play, 89, 102; Schwenzer/Hachem, in: Cunnington/Saidov (Hrsg.), Contract Damages, 91, 100 f.

¹² Rabel, RabelsZ 9 (1935), 1, 69; siehe hierzu ausführlich unten, S. 192.

¹³ UNCITRAL Yearbook VIII (1977), 59 f.

¹⁴ UNCITRAL Yearbook V (1974), 44, Nr. 164; UNCITRAL Yearbook VI (1975), 62, Nr. 114; UNCITRAL Yearbook VIII (1977), 59, Nr. 475 ff.; Official Records, 394, Nr. 19 ff.

verletzungen zu einer größeren Bedeutung zu verhelfen.¹⁵ Die Begründungswege sind vielfältig und erfassen sowohl Ansprüche auf die Herausgabe eines Ersatzes oder Erlöses nach dem Vorbild des Anspruchs auf das stellvertretende commodum¹⁶ als auch eine Gewinnherausgabe im Rahmen des Schadensersatzanspruchs gemäß Art. 74 S. 1 CISG.¹⁷ Zum Teil wird sogar die Entwicklung eines eigenständigen Rechtsbehelfs durch eine eigenständige Weiterentwicklung des Übereinkommens erwogen.¹⁸

Die bereits im internen nationalen Recht sehr schwierige und vielschichtige Debatte trifft auf einheitsrechtlicher Ebene auf zusätzliche Herausforderungen. Zum einen fehlt es mehr noch als im nationalen Recht an normativen Anknüpfungspunkten, die der Diskussion einen Rahmen geben könnten. Während sich im internen Recht ein großer Teil des Diskurses mit der Einführung einer Gewinnherausgabe wegen Vertragsverletzungen de lege ferenda befasst, 19 erübrigt sich eine solche Diskussion auf Ebene des Einheitsrechts, da eine Ergänzung oder Korrektur oder Neufassung des Übereinkommens lediglich über eine neue diplomatische Konferenz und die Ratifikation eines Protokolls oder einer neuen Konvention durch alle Vertragsstaaten möglich wäre.²⁰ Dies erscheint weder praktisch möglich noch wünschenswert.²¹ Im CISG muss daher mit den normativen Anknüpfungspunkten gearbeitet werden, die bereits im Übereinkommen enthalten oder zumindest in Gestalt von allgemeinen Grundsätzen angelegt sind. Zum anderen bringen verschiedene Interpreten sehr diverse nationale Vorprägungen aus den parallel verlaufenden Diskussionen zum internen Recht mit in den einheitsrechtlichen Diskurs ein. Da es bereits im internen nationalen Recht oft an einem Abschluss und einer Konsolidierung der Diskussion mangelt,22 wird das

¹⁵ Bock, in: FS Schwenzer, 175, 189; Demir, Schadensersatzregelung, 133 ff.; Hartmann, IHR 2009, 189, 102; Jardine, 21 VJ (2017), 36, 65; Muñoz/Ament-Guemez, 8 Geo. Mason J. Int'l Com. L. (2017), 201, 219; Schmidt-Ahrendts, in: Schwenzer/Spagnolo (Hrsg.), State of Play, 89, 102; Schwenzer/Hachem, in: Cunnington/Saidov (Hrsg.), Contract Damages, 91, 100 f.

¹⁶ Hartmann, IHR 2009, 189, 102; ders., in: BeckOGK-BGB, CISG, 15.5.2020, Art. 45, Rn. 42.

¹⁷ Muñoz/Ament-Guemez, 8 Geo. Mason J. Int'l Com. L. (2017), 201, 219; Schwenzer/Hachem, in: Cunnington/Saidov (Hrsg.), Contract Damages, 91, 100 f.; Schwenzer, in: Schlechtriem/Schwenzer/Schroeter (Hrsg.), CISG, Kommentar, 7. Auflage 2019, Art. 74, Rn. 43.

¹⁸ *Bock*, in: FS Schwenzer, 175, 184 f.

¹⁹ Siehe etwa die deutsche Diskussion anlässlich des 66. Deutschen Juristentages: 66. Deutscher Juristentag, Beschlüsse, Zivilrecht, IV. 3 a); IV. 6, auf den Vorschlag von *Gerhard Wagner* hin; siehe *Gerhard Wagner*, Gutachten (A), 97; siehe hierzu ausführlich unten, S. 237.

²⁰ Schroeter, RabelsZ 81 (2017), 32, 69 f.

²¹ Schroeter, RabelsZ 81 (2017), 32, 69.

²² Helms, Gewinnherausgabe, 15, 20 ff.

4 Einleitung

rechtsvergleichende Verständnis für unterschiedliche nationale Vorprägungen erschwert. Schließlich stellt jeder Versuch der Entwicklung einer Vorteilsoder Gewinnhaftung im CISG einen Drahtseilakt zwischen der zur Sicherung der internationalen Einheitlichkeit im Sinne von Art. 7 Abs. 1 CISG gebotenen Zurückhaltung einerseits und der unerlässlichen zeitgemäßen Weiterentwicklung des Übereinkommens anderseits dar. ²³ Welchen Platz die Vorteilsund Gewinnherausgabe wegen Vertragsverletzungen vor diesem normativen Hintergrund einnehmen kann und welche Kriterien für eine solche Weiterentwicklung maßgeblich sein können, soll in dieser Arbeit untersucht werden.

²³ Siehe die treffenden Formulierungen bei *Honnold/Flechtner*, para. 102: "Boldness v. Restraint"; *Lookofsky*, Walking the Art. 7 (2) Tightrope between CISG and Domestic Law, 25 J.L. & Com. (2005–2006), 87, 105.

Kapitel 1

Grundsätzliches zur Vorteils- und Gewinnherausgabe im CISG

Zunächst soll der Untersuchungsgegenstand der Vorteils- und Gewinnherausgabe im CISG vorgestellt und eingegrenzt werden (A.), bevor die theoretischen Grundlagen der Diskussion um vorteilsorientierte Rechtsbehelfe im internen nationalen Recht skizziert werden sollen (B.). Im Anschluss sollen mögliche Ansprüche auf Vorteils- und Gewinnherausgabe in die Struktur des CISG eingeordnet werden (C.).

A. Die Vorteils- und Gewinnherausgabe im CISG als Untersuchungsgegenstand

Die Untersuchung wird sich Vorteils- und Gewinnherausgabeansprüchen im CISG widmen. Die Begriffe der Vorteils- und Gewinnherausgabe erklären sich nicht von selbst. Es bedarf daher einer kurzen Begriffsbestimmung (I.) sowie einer Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands (II.).

I. Der Begriff der Vorteils- und Gewinnherausgabe im CISG

Im Diskurs um die Vorteils- und Gewinnherausgabe im internen nationalen Recht ist eine Vielzahl von verschiedenen Begriffen gebräuchlich (1.). Für die Zwecke dieser Untersuchung soll auf der Ebene des CISG versucht werden, unabhängig von nationalen Vorprägungen einen funktionalen Begriff für die Vorteils- und Gewinnherausgabe zu finden (2.).

1. Begriffsvielfalt in der Diskussion in den nationalen Rechtsordnungen

Ansprüche auf die Herausgabe eines Vorteils oder Gewinns des Schuldners haben gemeinsam, dass sie jeweils auf die Vermögensentwicklung des Schuldners infolge der Vertragsverletzung abstellen, und nicht wie der Schadensersatz auf die des Gläubigers.¹ Diese Ansprüche stellen damit in ihrer Rechtsfolge die Kehrseite von Schadensersatzansprüchen dar.² Die Einzelheiten der Voraussetzungen und Rechtsfolgen sind indes in der Diskussion im

¹ Bock, Gewinnherausgabe, 5.

internen nationalen Recht bereits sehr umstritten. Dabei springen nicht nur inhaltliche Unterschiede, sondern auch die begriffliche Vielfalt in der Bezeichnung solcher Ansprüche ins Auge.

In der deutschsprachigen Diskussion wird zum Teil von der Gewinnabschöpfung,³ der Gewinnherausgabe⁴ oder -haftung⁵ oder dem Gewinnausgleich⁶ gesprochen, während andere den Begriff der Vorteilshaftung⁷ oder des Vorteilsausgleichs⁸ bevorzugen. Hierbei handelt es sich nicht um Synonyme, da die Begriffsbildungen jeweils bestimmte Funktionen oder Beschränkungen der Ansprüche vorwegnehmen.⁹ Dennoch bestehen bedeutende Überschneidungen der Zielrichtung und des Anwendungsbereichs der verschieden bezeichneten Ansprüche, so dass die Vielfalt in der Begriffsbildung überraschen muss.

Noch unübersichtlicher wird es auf internationaler Ebene. In der englischen Diskussion finden sich vor allem die Bezeichnungen disgorgement of profits¹⁰ oder disgorgement damages sowie der Begriff restitutionary damages,¹¹ während von anderen die allgemeine Bezeichnung des account of profits verwendet wird.¹² Als übergeordnete Kategorie findet sich zum Teil der Begriff der gain-based damages.¹³ James Edelman hat überzeugend dargelegt, dass insbesondere die Unterscheidung zwischen restitutionary damages und disgorgement damages sinnvoll ist, da diese eine Herausgabe des tatsächlich erzielten Verletzergewinns bezeichnen, während jene eine Vergütung für den pflichtwidrig gezogenen Vorteil unabhängig vom daraus erwachsenen

² Dornscheidt, Gewinnhaftung, 23; Helms, Gewinnherausgabe, 4; kritisch Boosfeld, Gewinnausgleich, 1, die zutreffend darauf hinweist, dass den beiden Anspruchskategorien strukturell unterschiedliche Rechtfertigungen zugrunde liegen können.

³ Bollenberger, ZEuP 2000, 893; Canaris, in: FS Deutsch, 85, 109; Köndgen, RabelsZ 56 (1992), 697, 756; ders., RabelsZ 64 (2000), 661, 695.

⁴ Bock, Gewinnherausgabe als Folge einer Vertragsverletzung; Helms, Gewinnherausgabe als haftungsrechtliches Problem.

⁵ Dornscheidt, Grenzen der vertraglichen Gewinnhaftung; Rusch, ZEuP 2002, 122, 125, Fn. 1; Soeffky, Vertragliche Gewinnhaftung in Europa.

⁶ Boosfeld, Gewinnausgleich.

⁷ Böger, System der vorteilsorientierten Haftung im Vertrag.

⁸ Stoll, Vorteilsausgleichung bei Leistungsvereitelung, in: FS Schlechtriem, 677, 696.

⁹ Siehe auch *Boosfeld*, Gewinnausgleich, 6 f.; *Helms*, Gewinnherausgabe, 13 f.

¹⁰ Farnsworth, 94 Yale L.J. (1984–1985), 1339, 1393; McCamus, 36 Loy. L.A. L. Rev. (2003), 943, 974.

¹¹ Chen-Wishart, 114 LQR (1998), 363, 370; Dagan, 1 Theoretical Inquiries L. (2001), 115, 154; Edelman, Gain-based damages, 65 ff.; kritisch zum Begriff allerdings, Attorney General v Blake, [2001] 1 AC 268, 284 (HL) (per Lord Nicholls): "I prefer to avoid the unhappy expression 'restitutionary damages'."

¹² Attorney General v Blake, [2001] 1 AC 268 (HL); Barnett, Accounting for Profit for Breach of Contract; siehe auch Burrows, Restatement, 22(1) b, (5); ausführlich Doyle/Wright, 25 Melb. U. L. Rev. (2001), 1, 23.

¹³ Cunnington, 3 J. Obligations & Remedies (2004), 46, 54; Edelman, Gain-based damages.

Gewinn darstellen.¹⁴ Diese Unterscheidung wurde indes, soweit ersichtlich, von der Rechtsprechung nicht aufgegriffen. Der *Supreme Court* des Vereinigten Königreichs unterschied in seiner jüngsten Entscheidung zum Thema etwa ausdrücklich zwischen den *negotiating damages* als besondere Form der Schadensbemessung einerseits und dem *account of profits for breach of contract* als gewinnabschöpfendem Rechtsbehelf andererseits.¹⁵

In der französischen Diskussion ist für vorsätzliche und gewinnbringende Pflichtverletzungen der Begriff *faute lucrative* gebräuchlich.¹⁶ Im Übrigen finden sich allgemein der Begriff des *prélevèment des bénéfices* für das öffentliche Recht¹⁷ sowie in jüngerer Zeit auch, in Anlehnung an den Diskurs im englischen Recht, der Begriff der *dommages-intérêts restitutoires*.¹⁸

Diese unterschiedlichen Bezeichnungen sind weit überwiegend nicht rein terminologischer Natur, sondern nehmen bereits bestimmte Eingrenzungen und Zielsetzungen der Ansprüche vorweg. 19 Letztlich beruht die Begriffsvielfalt allerdings zumindest auch auf einer fehlenden Systematisierung der Ansprüchskategorien. 20 Dies gilt nicht nur, aber in besonderem Maße für die vertraglichen Sekundäransprüche. Ein möglicher Grund hierfür ist die tradierte Dominanz verlustorientierter Schadensersatzansprüche im Vertragsrecht, die einer Systematisierung vorteils- oder gewinnorientierter Ansprüche bisher entgegenstand. 21 Im Übrigen bereitet auch die Einordnung bestimmter Ansprüche Schwierigkeiten. So werden etwa Ansprüche auf einen hypothetisch verhandelten Betrag für die Erlaubnis der Verletzungshandlung im Sinne einer Lizenzanalogie zum Teil als bloße Form der Schadensersatzansprüchs 22 und zum Teil als besondere Form einer vorteilsorientierten, funktional bereicherungsrechtlichen Haftung angesehen. 23

¹⁴ Edelman, Gain-based damages, 65 ff.

¹⁵ One Step (Support) v Morris-Garner, [2018] 2 WLR 1353, 1379 (SC) (per Lord Reed).

¹⁶ Méadel, LPA 2017, n° 77, 6; Vingiano-Viricel, RTD Com. 2017, 18, 30.

¹⁷ Boosfeld, Gewinnausgleich, 15.

¹⁸ Cour d'appel de Paris, Groupe de travail, rapport sur "La réforme du droit français de la responsabilité civile et les relations économiques", 54 ff.

¹⁹ *Doyle/Wright*, 25 Melb. U. L. Rev. (2001), 1, 23.

²⁰ Helms, Gewinnherausgabe, 15.

²¹ Helms, Gewinnherausgabe, 17.

²² One Step (Support) v Morris-Garner, [2018] 2 WLR 1353, 1381 (SC) (per Lord Reed); Sharpe/Waddams, 2 OJLS (1982), 290, 297; Tettenborn, 14 RLR (2006), 112, 113.

²³ Burrows, in: Saidov/Cunnington (Hrsg.), Contract Damages, 165, 185; Campbell/Harris, 22 Legal Stud. (2002), 208, 214 f.; Cunnington, 3 J. Obligations & Remedies (2004), 46, 50; Edelman, 9 RLR (2001), 104, 105; Rotherham, Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly 2008, 25, 55; siehe auch Surrey County Council v Bredero Homes Ltd, [1993] I WLR 1361 (CA) (per Steyn LJ): "only defensible on the basis of the [...] restitutionary principle [...]."

Diese Begriffsvielfalt in der internen nationalen Diskussion erschwert die Begriffsbildung im Rahmen des CISG. Die meisten Autoren haben auf Ebene des Übereinkommens den Begriff disgorgement of profits aus dem englischen Recht rezipiert, ohne allerdings genauer auf die damit importierten Prämissen einzugehen.²⁴ In der deutschsprachigen Diskussion finden sich die Begriffe Ersatz- und Erlösherausgabe,²⁵ Gewinnherausgabe²⁶ sowie Gewinnabschöpfung.²⁷ Es soll in dieser Arbeit versucht werden, sich möglichst weit von nationalen Vorverständnissen zu lösen und eine autonome Begriffsfindung auf Ebene des CISG im Sinne von Art. 7 Abs. 1 CISG durchzuführen. Gänzlich unabhängig von nationalen Vorarbeiten und Systematisierungen kann und muss dies freilich nicht erfolgen.

2. Versuch einer autonomen Begriffsbildung im CISG

Je nach ihrer konkreten Ausgestaltung und Funktion kann die Vorteils- und Gewinnherausgabe wegen Vertragsverletzungen sehr unterschiedliche Gestalten annehmen. Es kann sich etwa um die isolierte Auskehr eines bestimmten Vorteils, etwa in Gestalt eines für die geschuldete Ware erlangten Surrogates, oder um den Zugriff auf den aus der Vertragsverletzung realisierten Bruttooder Nettogewinn handeln. Wesentliches und gemeinsames Merkmal dieser verschiedenen Ansprüche ist indes, dass sie auf die Vermögenslage des Schuldners infolge der Vertragsverletzung, und nicht auf diejenige des Gläubigers abstellen. Dieses Merkmal des Zugriffs auf einen Vermögensvorteil des Schuldners unabhängig von der Vermögensentwicklung des Gläubigers, das auf ein weites Verständnis der Vorteils- und Gewinnherausgabe hinausläuft, soll hier als Ausgangspunkt für eine Begriffsbildung im CISG dienen. Zunächst soll das Übereinkommen selbst auf Begriffe hin untersucht werden, die für eine Vorteils- oder Gewinnherausgabe fruchtbar gemacht werden können (a). Im Anschluss soll versucht werden, eine autonome und möglichst offene Arbeitsdefinition für die Zwecke dieser Untersuchung zu finden (b).

a) Unergiebigkeit der Vorschriften des CISG für die Ausgestaltung der Vorteils- und Gewinnherausgabe

Eine Begriffsbestimmung für das CISG hat gemäß Art. 7 Abs. 1 CISG autonom und ohne Rückgriff auf Kategorien des internen nationalen Rechts zu

²⁴ Schmidt-Ahrendts, in: Schwenzer/Spagnolo (Hrsg.), State of Play, 89, 102; Schwenzer, in: Schlechtriem/Schwenzer, Commentary, 4. Auflage 2016, Art. 74, para. 45; Schwenzer/Hachem, in: Cunnington/Saidov (Hrsg.), Contract Damages, 91, 100 f.

²⁵ Hartmann, IHR 2009, 89, 102.

²⁶ *Bock*, in: FS Schwenzer, 175, 189.

²⁷ Schlechtriem/Schroeter, Rn. 738a; Schwenzer, in: Schlechtriem/Schwenzer/Schroeter (Hrsg.), CISG, Kommentar, 7. Auflage 2019, Art. 74, Rn. 43.

erfolgen. Dabei sollte wie auch sonst im CISG auf eine neutrale Terminologie geachtet werden, die nicht zur Übernahme nationaler Vorverständnisse führt.²⁸ Ausgangspunkt ist daher zunächst die in den Vorschriften des Übereinkommens selbst verwendete Terminologie. Das CISG verwendet an verschiedenen Stellen und in unterschiedlichen Kontexten drei Begriffe, die für die Zwecke dieser Untersuchung von Bedeutung sein können.

Der erste Anhaltspunkt findet sich in Form des Begriffs entgangenen Gewinns (*loss of profit* oder *gain manqué*) in Art. 44, 74 S. 1, 77 CISG. Das Übereinkommen kennt also den Begriff des Gewinns, der gemeinhin als Nettogewinn des Gläubigers verstanden wird, der ihm wegen der Vertragsverletzung entgangen ist.²⁹ Beim entgangenen Gewinn handelt es sich zwar ausdrücklich um den Gewinn des Gläubigers, der Begriff selbst könnte allerdings auch als Ausgangspunkt für die Entwicklung einer Herausgabe des Verletzergewinns dienen.

Der zweite mögliche Anknüpfungspunkt besteht im Begriff der Vorteile im Sinne von Art. 84 Abs. 2 CISG. Die englische Fassung verwendet hier den Begriff benefits, die französische den Begriff tout profit. Dieser Begriff wird weiter verstanden als der des Gewinns und erfasst grundsätzlich jeden messbaren Vermögenszuwachs des Rückgewährschuldners.³⁰ Auch hier gilt das Nettoprinzip, allerdings nur in Bezug auf die Ziehung des Vorteils, nicht im Hinblick auf die Profitabilität des Geschäfts des Schuldners.³¹ Die sehr weite Definition des Vorteils erlaubt daher den Zugriff auf Surrogate, Gebrauchsvorteile oder Veräußerungsgewinne.³² Der Vorteilsbegriff in Art. 84 Abs. 2 CISG kann also als Anhaltspunkt für eine besonders weiten Begriff der Vorteils- und Gewinnherausgabe herangezogen werden.

Schließlich verwendet das Übereinkommen im Kontext der Veräußerung der Ware durch die erhaltungspflichtige Partei in Art. 88 Abs. 3 S. 1 CISG den Begriff des Erlöses (proceeds of sale oder produit de la vente). Dieser aus einem Selbsthilfe- oder Notverkauf erzielte Erlös ist gemäß Art. 88 Abs. 3 S. 2 CISG abzüglich der Erhaltungs- und Verkaufskosten an die andere Partei herauszugeben. Der hier verwendete Begriff des Erlöses ist daher sehr eng und bezeichnet nur eine bestimmte Art von Vorteil, nämlich den Veräußerungserlös.

²⁸ Bonell, DPCI 1981, 7, 10; Gruber, Methoden des Einheitsrechts, 204; Honnold/Flechtner, para. 87.

²⁹ Bach, in: BeckOGK-BGB, CISG, 1.6.2020, Art. 74, Rn. 27; Gillette/Walt, UN Convention, 348 f.; Peter Huber, in: Münchener Kommentar zum BGB, CISG, 8. Auflage 2019, Art. 74, Rn. 36.

³⁰ Siehe hierzu ausführlich unten, S. 92.

³¹ Siehe hierzu ausführlich unten, S. 97.

³² Fountoulakis, in: Schlechtriem/Schwenzer/Schroeter (Hrsg.), CISG, Kommentar, 7. Auflage 2019, Art. 84, Rn. 20, 34; Magnus, in: Staudinger-BGB, CISG, [Neubearbeitung 2018], Art. 84, Rn. 17, 23.

Das Übereinkommen bietet also zwar verschiedene Anknüpfungspunkte für die Bildung eines Begriffs der Vorteils- oder Gewinnherausgabe wegen Vertragsverletzungen. Aufgrund des unterschiedlichen Zuschnitts der Begriffe und den sehr unterschiedlichen Regelungskontexten drängt sich indes keine der Vorschriften für eine allgemeine Begriffsbildung für die Vorteils- und Gewinnherausgabe wegen Vertragsverletzungen auf. Eine begriffliche Umschreibung der Vorteils- und Gewinnherausgabe allein anhand der vom CISG verwendeten Begriffe erscheint daher nicht möglich. Vielmehr soll eine weite Arbeitsdefinition gefunden werden, die die verschiedenen Arten der Vorteilsoder Gewinnherausgabe erfassen kann.

b) Funktionale Erfassung der am Vermögen des Schuldners ausgerichteten Rechtsbehelfe

Da eine Bestimmung des Begriffs der Vorteils- oder Gewinnherausgabe wegen Vertragsverletzungen anhand der oben untersuchten Vorschriften allein nicht möglich erscheint, soll für die Zwecke dieser Untersuchung ein möglichst neutraler und funktionaler Begriff zugrunde gelegt werden.

Die oben untersuchten Vorschriften zeigen, dass das Übereinkommen die verschiedenen Begriffe des Gewinns, des Vorteils und des Erlöses kennt und ihnen unterschiedliche Bedeutungen beimisst. Daher sollte ein Oberbegriff gefunden werden, der diese verschiedenen Begriffe im Rahmen einer vorteilsoder gewinnorientierten Haftung erfassen kann. Um eine zu starke Übernahme nationaler Vorprägungen sowie eine zu starke inhaltliche Vorfestlegung zu vermeiden, soll daher die Vorteils- und Gewinnherausgabe im CISG weit verstanden werden, nämlich als jegliche Form von Rechtsbehelf, dessen Umfang sich aufgrund der Vermögensentwicklung des Schuldners und nicht derjenigen des Gläubigers bestimmt. In diese Definition fallen alle Ansprüche, die auf einen vom Schuldner realisierten Vorteil oder Gewinn zugreifen. Sie entfernt sich damit von Kategorien des internen Rechts und kann daher sowohl Ansprüche auf das stellvertretende commodum nach deutschem Vorbild als auch Ansprüche auf Gewinnherausgabe im Rahmen des Schadensersatzes oder eigenständige Rechtsbehelfe auf Gewinnherausgabe erfassen, ohne eine Eingrenzung hinsichtlich der verfolgten Zwecke oder der zugrunde liegenden Prämissen vorzunehmen. Eine Unterscheidung zwischen bestimmten Formen dieser Ansprüche, etwa ob eine Vorteilsvergütung oder eine echte Gewinnherausgabe in bestimmten Kontexten gegeben sein kann, soll dann im Rahmen der verschiedenen Rechtsbehelfe gesondert betrachtet werden.

Die vorliegende Arbeit erfasst damit alle auf einen Vermögensvorteil des Schuldners gerichteten Ansprüche. Dabei soll hier von Vorteils- oder Gewinnherausgabe gesprochen werden, da der zuweilen verwandte Begriff Gewinnabschöpfung bereits einen Sanktionscharakter des Rechtsbehelfs impli-

Entscheidungsverzeichnis

Australien

Clark v Macourt, [2013] HCA 56	247
Hospital Products Ltd v United States Surgical Corporation, (1984)	
156 CLR 41, 68 (HCA)	253, 330, 331
Belgien	
Hof van Cassatie, 19.6.2009, CISG-Online Nr. 1963	
Deutschland	
Bundesverfassungsgericht	
BVerfG, Beschluss v. 14.2.1973 – 1 BvR 112/65, BVerfGE 34, 269 –	
Soraya	
BVerfG, Beschluss. v. 25.1.2011 – 1 BvR 918/10, NJW 2011, 836, 841	69
Bundesgerichtshof	
BGH, Urteil v. 24.6.1955 – I ZR 178/53, BGHZ 17, 376	295
BGH, Urteil v. 19.6.1957 – IV ZR 214/56, BGHZ 25, 1	
BGH, Urteil v. 17.4.1958 – II ZR 335/56, NJW 1958, 1040	153
BGH, Urteil v. 12.1.1966 – Ib ZR 5/64, BGHZ 44, 372	
BGH, Urteil v. 18.1.1966 – VI ZR 147/64, BGHZ 44, 382	115
BGH, Urteil v. 8.10.1971 – I ZR 12/70, BGHZ 57, 116	12
BGH, Urteil v. 10.3.1972 – I ZR 160/70, BGHZ 59, 286	295
BGH, Urteil v. 11.10.1979 – VII ZR 285/78, BGHZ 75, 203	153
BGH, Urteil v. 9.2.1984 – I ZR 226/81, NJW 1984, 241	239, 322
BGH, Urteil v. 30.1.1987 – V ZR 32/86, BGHZ 99, 385	155, 206
BGH, Urteil v. 10.2.1988 – IVa ZR 268/86, NJW 1988, 171	
BGH, Urteil v. 12.6.1989 – II ZR 334/87, NJW-RR 1989, 1255	239, 322
BGH, Urteil v. 7.5.1991 – XII ZR 44/90, NJW 1991, 2629	
BGH, Urteil v. 4.6.1992 – IX ZR 149/91, BGHZ 118, 312	
BGH, Urteil v. 17.6.1992 – I ZR 107/90, BGHZ 119, 20, 31	
BGH, Urteil v. 3.4.1996 – VIII ZR 51/95, NJW 1996, 2364	
BGH, Urteil v. 30.6.2004 – VIII ZR 321/03, NJW 2004, 3181	
BGH, Teilurteil v. 15.10.2004 – V ZR 100/04, NJW-RR 2005, 241	
BGH, Urteil v. 2.3.2005 – VIII ZR 67/04, IHR 2005, 158	
BGH, Urteil v. 25.4.1997 – LwZR 4/96, BGHZ 135, 284	
BGH, Urteil v. 31.10.2001 – VIII ZR 60/01, BGHZ 149, 113	

BGH, Urteil v. 25.9.2007 – X ZR 60/06, BGHZ 173, 374 BGH, Urteil v. 28.5.2014 – VIII ZR 410/12, NJW-RR 2014, 1202,	
1204	
BGH, Urteil v. 24.9.2014 – VIII ZR 394/12, BGHZ 202, 258	
BGH, Urteil v. 25.3.2015 – VIII ZR 38/14, NJW 2015, 1748	
BGH, Beschluss v. 22.6.2017 – IX ZB 61/16, NJOZ 2018, 1239	267
Reichsgericht	
RG, Urteil v. 30.10.1916 – II 263/16, RGZ 88, 287	
RG, Urteil v. 26.6.1922 – VI 788/21, RGZ 105, 84	163
RG, Urteil v. 5.6.1923 – II 323/22, RGZ 108, 184	223
Oberlandesgerichte	
OLG Braunschweig, Urteil v. 28.10.1999 – 2 U 27/99, CISG-online	1.44
Nr. 510	
OLG Düsseldorf, Urteil v. 18.11.1993 – 6 U 228/92, CISG-online	35
Nr. 92	184
OLG Düsseldorf, Urteil v. 11.7.1996 – 6 U 152/95, NJW-RR 1997,	
822	
OLG Düsseldorf, Urteil v. 4.7.2019 – I-6 U 2/19, beckRS 2019, 13349	
OLG Frankfurt, Urteil v. 17.9.1991 – 5 U 164/90, CISG-online Nr. 28	
OLG Hamburg, Urteil v. 26.11.1999 – 1 U 31/99, IHR 2001, 19	148
OLG Koblenz, Urteil v. 31.1.1997 – 2 U 31/96, CISG-online Nr. 256,	
IHR 2003, 172, 175	
OLG Koblenz, Beschluss v. 14.12.2006 – 2 U 923/06, IHR 2007, 36	184
OLG Köln, Urteil v. 14.10.2002 – 16 U 77/01, CISG-online Nr. 709, IHR 2003, 15	172 210
OLG Oldenburg, Urteil v. 1.2.1995 – 11 U 64/94, CISG-online	1/2, 210
Nr. 253	98
OLG Stuttgart, Beschluss v. 21.12.2015 – 1 SchH 1/15, RdTW 2018.	
434	82
Thüringer Oberlandesgericht, Urteil v. 29.9.2015 – 5 U 1042/12,	
IHR 2016, 19439, 323, 330, 3.	32, 337, 338
Landgerichte	
LG Köln, Urteil v. 5.12.2006 – 85 O 200/05, IHR 2007, 162	
LG Saarbrücken, Urteil v. 9.3.2012 – 13 S 51/1, IPRax 2014, 180	306
Frankreich	
Cour de cassation, chambre commerciale, 27.11.1967, Bull. n° 384	241
Cour de cassation, chambre commerciale, 25.11.1969, Bull. n° 351	
Cour de cassation, 1ère chambre civile, 27.6.1995, Bull. civ. I n° 284	
Cour de cassation, chambre commerciale, 27.2.1996, Bull. civ. IV n° 65	
Cour de cassation, Assemblée plénière, 26.3.1999, Bull. ass. plén. n° 3	241
Cour de cassation 2 ^{ème} chambre civile 11 9 2003 Bull civ II n° 249	

Cour de cassation, chambre commerciale, 12.5.2004, Recueil Dalloz	
2004, 1599	
Cour de cassation, 1ère chambre civile, 22.11.2007, Bull. civ. I n° 368	
Cour de cassation, 2ème chambre civile, 28.5.2009, Bull. civ. II n° 131	
Cour de cassation, 1ère chambre civile, 1.12.2010, Bull. civ. I, n° 1090	. 266
Cour de cassation, chambre commerciale, 17.2.2015, n° 13-20.230, CISG-France n° 238	64
Cour de cassation, chambre commerciale, 22.3.2016, n° 14-16.585	133
Cour de cassation, 1 ^{ère} chambre civile, 28.9.2016, Recueil Dalloz 2016, 2061	.240
Cour de cassation, chambre commerciale, 15.3.2017, n° 15-14.419,	
Revue des sociétés 2017, 485	.242
Cour de cassation, 2 ^{ème} chambre civile, 12.4.2018, n° 17-16.945	.289
, , , , , , , , , , , , , , , , , , , ,	
Cour d'appel Grenoble, 22.2.1995, CISG France	323
Cour d'appel Grenoble, 26.4.1995, CISG-online Nr. 154	
Cour d'appel Poitiers, 26.2.2009, CISG-online Nr. 2208	
Griechenland	
Polimeles Protodikio Athinon, 4505/2009, CISG-online Nr. 2228	. 123
, ,	
Israel	
Harlow & Jones GmbH v Adras Building Material Ltd, Supreme Court	
of Israel, (1983) 37 (4) PD 225	.186
Adras Building Material Ltd v Harlow & Jones GmbH, Supreme Court	
of Israel (FH 20/82), 3 RLR (1995), 235	326
Pamesa Ceramica v. Yisrael Mendelson Ltd, Supreme Court of Israel,	
17.3.2009, PACE	.196
Italien	
Corte Suprema di cassazione, 8.2.2012, n° 1781, Ricerche Giuridiche	
2012, 406	266
Corte Suprema di cassazione, 5.7.2017, n° 16601, ZEuP 2018, 459	
Tribunale di Padova, 31.3.2004, IHR 2005, 33, CISG-online Nr. 823	
1110dilate di Fadova, 51.5.2004, 1110 2005, 55, C15G-0111110 141. 025	57
Kanada	
Royal Bank of Canada v. W. Got & Associates Electric Ltd, (2000) 178	
D.L.R. (4th) 385	266
Smith v Landstar Properties Inc., 2010 BCSC 843	
Whiten v Pilot Insurance Co, (2002) 209 D.L.R. (4th) 257	
whiten v 1 not insurance Co, (2002) 209 B.E.R. (401) 237	. 200
Neuseeland	
Dangard Constructions a Minister for Dublic World Count of Account	
Renard Constructions v. Minister for Public Works, Court of Appeal of New South Wales, 12.3.1992, CISG-online Nr. 44	20
01 INEW SOUTH WATES, 12.5.1992, CISO-OHITHE INI. 44	59

Österreich

OGH, 6.2.1996 – 1 Ob 518/95, CISG-online Nr. 224	184
OGH, 21.3.2000 - 10 Ob 344/99g, CISG-online Nr. 641, IHR 2001, 40	208
OGH, 14.1.2002 - 7 Ob 301/01t, CISG-online Nr. 643, IHR 2002, 76	255
OGH, 23.5.2005 – 3 Ob 193/04k, CISG-online Nr. 1041, IHR 2005,	
165	
OGH, 22.11.2011 – 4 Ob 159/11b, CISG-online Nr. 2239	184
OGH, 15.11.2012 – 1 Ob 218/12h, CISG-online Nr. 2399	323
OLG Graz, 16.9.2002 - 2 R 62/02h, IHR 2006, 210	
OLG Linz, 18.5.2011 – 1 R 181/10h, CISG-online Nr. 2443	172, 210
Schweiz	
BGer, 18.10.1920, E 46 II 429	156
BGer, 13.11.2003 – 4C. 198/2003/grl, CISG-online Nr. 840, IHR	
2004, 215	231, 298
BGer, 7.7.2004 – 4C.144/2004, CISG-online Nr. 848, IHR 2004, 252	
BGer, 18.5.2009 – 4 A 68/2009, CISG-online Nr. 1900, IHR 2010, 27	
BGer, 2.4.2015 – 4A 614/2014, CISG-online Nr. 2592, IHR 2015, 250	
BGer, 28.5.2019 – 4A 543/2018, IHR 2019, 236	
HG Kanton Zürich, 10.2.1999 – HG 970238.1, CISG-online Nr. 488	
KG St. Gallen, 13.5.2008 – BZ.2007.55, CISG-online Nr. 1768, IHR 2009, 161	
KG Zug, 14.12.2009 – A2 2001 105, CISG-online Nr. 2026	
Spanien	
Tribunal Supremo, 13.11.2001, J.T.S., No. 1803	266
Vereinigtes Königreich	
Addis v Gramophone Company Ltd, [1909] AC 488 (HL)	.13, 248, 266
Attorney-General v Blake, [1998] EMLR 309 (CA)	
Attorney-General v Blake, [2001] 1 AC 268 (HL)	
249, 251, 252, 285, 316, 3	
Bank Line Ltd v Arthur Capel & Co, [1919] AC 435 (HL)	
Bence Graphics International Ltd v Fasson UK Ltd, [1998] QB 87	
Bristol and West Building Society v Mothew, [1998] Ch. 1, 18 (CA)	
British Westinghouse Electric and Manufacturing Co Ltd v	
Underground Electric Railways Co of London Ltd, [1912] AC 673 (HL)	247
Bunge SA v Nidera BV, [2015] 2 CLC 120	
Esso Petroleum Company Ltd v Niad Ltd, 2001 WL 1476190	
Experience Hendrix LLC v PPX Enterprises Inc, [2003] EWCA Civ	
323	434, 493, 493
353 (HL)	245, 247, 247

FA Tamplin Steamship Co Ltd v Anglo Mexican Petroleum Products	
Company Ltd, [1916] 2 AC 397 (HL)	164 165
Gafford v Graham, (1999) 77 P. & C.R. 73 (CA)	
Hadley v Baxendale, (1854) 9 Exch 341	
Jaggard v. Sawyer, [1995] 1 WLR 269 (CA)	
Jegon v Vivian, (1871) LR 6 Ch App, 742, 762	
Johnson v Unisys Ltd, [2003] 1 AC 518, 530 (HL)	
Lake v Bayliss, [1974] 1 WLR 1073	
Lunn Poly Ltd v Liverpool & Lancashire Properties Ltd, [2006] 2	,
EGLR 2	27, 249, 293
McAlpine Construction v Panatown Ltd, [2001] 1 AC 518 (HL)	270
Metropolitan Water Board v Dick Kerr & Co Ltd, [1918] AC 119 (HL)	
Murad v Al-Saraj, [2005] EWCA Civ 959	253
One Step (Support) Ltd v Morris-Garner and another,	
[2018] 2 WLR 1353 (SC)1, 7, 16, 27, 29,	
251, 252, 282, 285, 293,	
Paine v Meller, (1801) 6 Ves. 349, 31 ER 1088	166
Patel v Ali, (1984) Ch. 283	
Pell Frischmann Engineering Ltd v Bow Valley Iran Ltd & others (Rev	
2), [2009] UKPC 45	295
Peter Pan Manufacturing Corporation v Corsets Silhouette Ltd, [1964]	254 221
1 WLR 96, 106	
Robinson v Harman, (1848) 1 Exch 850, 855	
Rookes v Barnard, [1964] AC 1129, 1227 (HL)	13, 19
Ruxley Electronics and Construction Ltd v Forsyth, [1996] 1 AC 344 (HL)	246 247 270 202
Slater v Hoyle & Smith Ltd, [1920] 2 KB 11 Surrey County Council v Bredero Homes Ltd, [1993] I WLR 1361	247
(CA)(CA)	1 7 250 204
Tito v Waddell (No 2) [1977] Ch 106, 332E	
United Australia Ltd v Barclays, [1941] AC 1 (HL)	
Vercoe v Rutland Fund Management Ltd, [2010] Bus LR Digest D 141	
Williams Bros v Ed T Agius Ltd, [1914] AC 510 (HL)	
World Wide Fund for Nature v World Wide Wrestling Federation,	101
[2006] EWHC 184 (Ch)	27 294
World Wide Fund for Nature v World Wide Wrestling Federation,	
[2007] EWCA Civ 286	27, 250, 294
Wrotham Park Estate Co v Parkside Holmes Ltd, [1974] 1 W.L.R.	,,,,,
798, 815	168, 249, 295, 296
Vereinigte Staaten von Amerika	
BMW of North America, Inc. v. Gore, 517 US 559 (1996)	14
Draper v. Minneapolis-Moline, Appellate Court of Illinois, Inc.,	
14.10.1968, 241 N.E. 2d 342 (App. Ct. III. 1968)	218
Electrocraft Arkansas Inc. v. Electric Motors Ltd. Et al., U.S. Federal	
District Court, 23.12.2009, CISG-online Nr. 2045, 2009 U.S. Dist.	
LEXIS 120183	196

Magellan International Corporation v. Salzgitter Handel GmbH,
District Court for the Northern District of Illinois, 7.12.1999,
CISG-online Nr. 439, 1999 WL 1128468 (N.D.III.)
Maxxsonics USA, Inc. v. Fengshung Peiying Electro Acoustic
Company Ltd, U.S. District Court, Northern District of Illinois,
21.3.2012, CISG-online Nr. 2372
Miami Valley Paper LLC v. Lebbing Engineering & Consulting
GmbH, U.S. District Court, Southern District of Ohio, Western
Division, 26.3.2009, CISG-online Nr. 1880
Ross Cattle Co. v. Lewis, Supreme Court of Mississippi, 19.5.1982,
415 So. 2d 1029 (Miss. 1982)
San Lucio, S.r.l. et al. v. Import & Storage Services, LLC, US District
Court New Jersey, 15.4.2009, CISG-online Nr. 1836
Sedmak v. Charlie's Chevrolet, Missouri Court of Appeals, 16.6.1981,
622 S.W.2d 694171
Target Corp. v. JJS Developments Ltd., U.S. District Court Minnesota,
9.2.2018, CISG-online Nr. 3046
Usinor Steel v. Leeco Steel Products, U.S. District Court Conneticut,
28.2.2002, CISG-online Nr. 696
Victory Foodservice Distributors Corp. v. N. Chr. Liatsos & Co. Ltd.,
U.S. District Court for the Southern District of New York,
13.11.2017, CISG-online Nr. 2922
Zapata Hermanos Sucesores SA v. Hearthside Baking Company, Inc.,
d/b/a Maurice Lenell Cooky Company, U.S. Court of Appeals, 7th
Cir., 19.11.2002, CISG-online Nr. 684
Schiedssprüche
Internationales Schiedsgericht der Bundeskammer der gewerblichen
Wirtschaft-Wien, 15.6.1994, CISG-online Nr. 121
Iran-United States Claims Tribunal, Watkins-Johnson Co. & Watkins-
Johnson Ltd. v. The Islamic Republic of Iran & Bank Saderat Iran,
28.7.1989, Unilex no. 38
Schiedsgericht der Handelskammer Hamburg, 21.6.1996, NJW 1997, 613
Schiedsgericht der freundlichen Arbitrage Hamburg, 29.12.1998 –
RKS E 5 a Nr. 19, IHR 2001, 35, 38
Stockholm Chamber of Commerce,
5.4.2007 (PACE)

Sachverzeichnis

Abschreckung siehe Prävention Absolute Rechte 15 f. account of profits 251 f. Allgemeine Geschäftsbedingungen 73 Allgemeine Grundsätze 44, 50, 55 ff. - dynamisches Verständnis 56, 63 - Herleitung 55 - Konkretisierung 57 - Optimierung 77 amende civile 244, 322 Analogie 53, 198 Anwendungsbereich 11, 332 Äquivalenzverhältnis 229, 259 f., 301, 318 Aufhebungserklärung 131 Aufhebungsrecht 86 - Ausschluss 87 f.

Rückwirkender Wegfall 130
 Aufrechnung konventionsinterner Forde-

rungen 57 f., 74

- Kenntnis 129

Ausgleichsfunktion 258 ff. Auskunftsanspruch 145, 291, 319 Auslegung

Auslegulig

autonome 8, 36, 41, 80dynamische 39, 47

historische 45

- international einheitliche 36, 80, 263 f.

- konventionsübergreifende 43 f.

- rechtsvergleichende 47

- sytematische 43 f.

- teleologische 47

ausländische Entscheidungen 37 Auslegungsmethoden 43 ff. Auslegungsziele 35 ff. Avant-Projet Catala 243

Bagatellklausel 110

Befreiung 175, 178, 189, 205 f. beredtes Schweigen 52, 192 ff. Bereicherungsrecht 187, 240, 247 Bereicherungsverbot 28, 272

Beweislast 231, 297

Beweismaß 299

Bipolare Rechtfertigung 16, 24, 77

breach of confidence 290

breach of contract

- cynical breach 257, 321

- efficient breach 17, 21 ff.

- opportunistic breach 22

breach of contract must not pay 261, 321

CISG Advisory Council 68, 82 constructive trust 166, 168, 216 cost of cure 270, 302

disgorgement of profits 5 ff., 167 dommages-intérêts 240

- restitutoires 7, 244 Deckungskauf 132, 272

duty of confidence 253, 255, 331

efficient performance 23 ethische Standards 79, 286

Eigengeschäftsführung, angemaßte 12, 239, 322

Eigenständige Fortentwicklung 59 ff.

- Abgrenzung 61

- Begriff 59 ff.

Einwände 66 ff.

- Gewinnherausgabe 320 ff.

- Funktion 66

Kriterien 74 f., 76 ff.

- Notwendigkeit 62 ff., 71

- Treuepflichten 337

Zulässigkeit 71 ff.

Eigentumsübergang

- englisches Recht 167

- solo consensu 158, 161

- Trennungsprinzip 153

Eintrittsrecht 11, 237

Entschädigungszahlung 165, 223 ergänzende Vertragsauslegung 206 Erhaltungspflichten 135 ff., 139 ff., 333 f. Erlösherausgabe 932, 135 ff., 146 ff., 185 ff., 210 Ernst Rabel 45, 163, 192 f. Ersatzherausgabe 185 ff., 193 Ersatzlieferung 170 exemplary damages 13, 266 expectation interest 163, 245, 268

faute lucrative 5 f., 241, 321 favor contractus 131, 189, 204 fiduciary duty 11, 166, 251, 330, 336 fraudulöses Verhalten 317, 322, 327 frustration 164, 186 force majeure 158

Gefahrübergang 137, 176, 184 Gerechtigkeit

- ausgleichende 16
- formale 79

Geschäftsgeheimnisse 240, 289, 327 Gewaltenteilung 69 Gewinn

- Abgrenzung von Vorteil 92 ff.
- entgangener 8
 Gewinnabschöpfung 11, 14
 Gewinnhaftung 188
 Gewinnherausgabe
- als Ausnahmerechtsbehelf 324
- Begriff 5 f.
- Ersparnisgewinn 318
- Rechtsbehelf 168, 311 ff.

Grundstückskauf, englisches Recht 166, 217

guter Glaube im internationalen Handel 37 ff., 57, 79, 135, 287, 336

Handelsbrauch 208 *hardship* 64, 67, 73, 175

Immaterialgüterrecht 238, 240, 323, 327 impossibilium nulla est obligatio 179, 206, 224

Interessenausgleich 51, 77, 196

Kaufpreis, Anspruch auf 182 ff.

 Anrechnung ersparter Aufwendungen 184, 200 Kausalität 221 Know-how 289, 327, 332 Kompensationsfunktion 25 ff.

- Konkurrenz
- zu Ansprüchen wegen Treuepflichtverletzungen aus dem internen nationalen Recht 338
- zu bereicherungsrechtlichen Ansprüchen 187 f., 196
- zu vertragsrechtlichen Ansprüchen 195
- zur Gewinnherausgabe wegen Vertragsverletzungen aus dem internen nationalen Recht 325
- zwischen Commodumsanspruch und anderen Rechtsbehelfen des Übereinkommens 231

Konsensfähigkeit, internationale 47, 68, 81 f., 215

Kostenerstattungsanspruch 140 f., 142

Leistungshindernis 175 level playing field 77 Lizenzanalogie 7 Lücke 52, 176, 191 – nachträgliche 53 Lückenfüllung 48 ff. – Grenzen 57, 65

Mangelbeseitigungskosten 246 market price rule 164, 245 ff., 274

Naturalerfüllung 21, 170 ff.

- allgemeiner Grundsatz 209, 263 ff.
- Anspruch 170, 177 ff.
- Privilegierung 171, 209
- Vorbehalt gemäß Art. 28 CISG 172, 177 f., 193, 213

negotiating damages 5 f., 26, 249 ff., 293, 324

Neutralität 77 nominal damages 248, 259 Notverkauf 145

Nutzen und Lasten der Ware 203

obligation de loyauté 241

pacta sunt servanda 19 ff., 211, 262 f., 269, 316 Parteiautonomie 78 performance principle 211, 257, 269, 316 Präambel 39, 75

Prävention 13 f., 17 f., 18 ff., 211

Preisminderung 271, 301

Principles of European Contract Law 169, 254

Projet Terré 160, 243 punitive damages 13, 265

reasonableness 57 Rechtsfortbildung

- gesetzesübersteigende 60, 69

- Art. 1 Abs. 2 ZGB 76, 80

Rechtsfortsetzung 28

Rechtsökonomik 17

Rechtssicherheit 70

Rechtsvergleichung 47, 81 f.

Rechtsverweigerungsverbot 61, 67

Regelungsbereich 49, 71, 190, 311

restitutionary damages 5 f., 271 f.

Rückabwicklungsverhältnis

- gestörtes 86
- nachträglich gestörtes 128 ff.
- ungestörtes 86
- Wertersatzanspruch 86, 88 f.

Rückgabe der Ware im Wesentlichen im Zustand der Lieferung 109 f.

Schadensbemessung

- anhand einer hypothetischen Verhandlung im CISG 295 f.
- Beweismaß 283, 299
- französisches Recht 241
- Geschäftschance 303, 323
- Kostenabzug 290
- Schätzung 305, 323
- Verletzergewinn 281 ff.

Schadensberechnung

- abstrakte 132, 186
- Differenzhypothese 237, 282
- dreifache 12, 238

Schadensersatzanspruch 214

- Ausgleichsfunktion 234, 258 ff.
- Beweislast 297
- Defizite 256
- Erfüllungsinteresse 268 f.
- Gewinnherausgabe 276 ff.
- Herstellung des vertragsgemäßen Zustandes 302
- Prävention 260 f.
- rechtsbewährend 259

Vorteilsausgleich 275

Schadensminderung 275, 277

Selbsthilfeverkauf 143 f.

- Anzeigepflicht 144
- ungebührliche Verzögerung 144

skimped performance 235, 246, 285, 307, 319

specific performance 167, 171, 192, 213, 217

stellvertretendes commodum 111 ff., 152 ff.

- Abtretung 226
- abzugsfähige Kosten 112, 227
- Analogie zu Art. 84 Abs. 2 CISG 198 ff.
- commodum ex re 111, 153 ff., 226
- commodum ex negotiatione 116 ff., 153 ff., 163, 226
- ergänzende Vertragsauslegung 155, 189
- ersparter Leistungsaufwand 226 f.
- Gattungsschulden 223
- Gegenleistung 229 f.
- Grundstruktur des § 285 BGB 152
- historische Entwicklung 153, 163
- Identität 152, 222
- im CISG 188 f.
- internationale Konsensfähigkeit 215
- Kongruenz 221 f.
- Mangelsurrogat 220
- relative Zuweisung 154, 187
- Verhältnis zur Befreiung 215
- Verhältnis zum Schadensersatz 214
- Verhältnis zum Verkehrswert 117, 153, 228
- Versicherungsumme 111, 222
- Verzögerungssurrogat 220
- Voraussetzungen 219 ff.
- Vorratsschuld 225

Strafe 30, 264 f.

Strafschadensersatz 243, 266, siehe auch exemplary damages, punitive damages.

Subsidiärstatut 73, 83, 232

Surrogation 212

Totalreparation 212, 255, 268 ff., 304,

515

- Grenzen 271

Treuepflicht 11, 237, 329 ff.

trust 253

Überkompensation 13, 267, 272

ULIS 45

Unterkompensation 25, 256 f., 300 ff. Unterlassungspflichten 221, 235, 308, 323

UNIDROIT-Kaufrechtsausschuss 163, 192

UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts 43 f., 56, 81, 169, 254

Unmöglichkeit

- anfängliche 174
- der Naturalerfüllung, ff.
- der Rückgabe 109 f., 180
- der Rückgabe nach Vertragsaufhebung 129 f.
- objektive 177 f.
- Rechtsfolgen 176 ff.
- subjektive 180

Veräußerungspflicht 145 Verhaltenssteuerung 19 f.

Verhandlungsfiktion 26, 292 ff., 323

Versprechen 19

Vertragsaufhebung

- durch den Käufer 182
- durch den Verkäufer 107

Vertragsverletzung

- einheitlicher Begriff 174
- effiziente siehe breach of contract, efficient breach.
- Leistungsverzögerung 220
- Vereitelung des Erfüllungsanspruch 219
- Verursachung durch den Gläubiger 200
- vorsätzlich-lukrative 19 f., 321
- vorsätzliche 261
- wesentliche 110

Vertragswidrigkeit

- ethische Standards und Produktionsverfahren 235
- Rüge 141

Vertraulichkeitspflichten 235, 255, 323, 331

Vienna Convention on the Law of Treaties 41 f.

Vorentwurf eines einheitlichen Kaufrechts von 1935–192

Vorteil

Abgrenzung von Gewinn 92 ff.

- aus der Ware gezogen 93
- Begriff 9, 92, 202
- Entreicherung 94
- fiktiver 94

Vorteilsausgleich 247

Vorteilsherausgabe

- Abtretung 113
- Abtretungsverbote 115
- abzugsfähige Kosten 112, 122
- allgemeiner Grundsatz 123
- Anwendungsbereich 123 ff.
- Aufwendungen des Käufers 100 ff.
- Daten als Gegenleistung 125
- Dienstleistungen 123
- Entstehungsgeschichte 87 ff.
- Erhaltungskosten 102
- Ersatzlieferung 90, 107
- Gebrauchsvorteile 98
- Gemeinkosten 98, 112, 123
- Herausgabe in Natur 95
- Nettoprinzip 97, 110, 122
- Surrogat 110
- Teilabtretung 115
- Umfang 110 ff.
- Verhältnis zum Verkehrswert 117
- Verwendungen siehe Aufwendungen.
- Verwendungsersatzanspruch 105
- Zeitpunkt für die Vorteilsbemessung 96

Wahrnehmung fremder Vermögensinteressen 136, 148

Ware

- Erhaltung 139 f., 147
- Verschlechterung 109, 145
- Zurückweisung 139

Wertersatzanspruch

- allgemeiner 126
- Entstehungsgeschichte 87, 128 windfall profit 24, 279 ff.

Wrotham Park damages siehe negotiating damages

Zinsanspruch 94, 96, 201 Zufallsgewinn siehe windfall profit Zurückbehaltungsrechte 148, 183 Zurückweisungsabsicht 141 Zweckmäßigkeitserwägungen 61, 65, 76